



Presseschau vom 21.04.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Schwere Waffen für die Ukraine? Der nächste Akt des deutschen Deliriums

Schritt für Schritt taucht Deutschland tiefer in diesen Krieg. Statt das ökonomische Elend zu verhindern, ist nur die Rede von Aufrüstung und Waffenlieferungen. Die Vernunft scheint im Exporttausch vergangener Jahrzehnte versehentlich ausgeliefert worden zu sein. ...

<https://kurz.rt.com/2xfa> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Lösungen für "deutsche Kunden": Diehl Defence und Hensoldt bauen Zusammenarbeit bei Luftabwehr aus

Angesichts der "veränderten Bedrohungslage" für Deutschland wollen die Rüstungskonzerne Hensoldt und Diehl Defence ihre Zusammenarbeit intensivieren. Ihr in Zusammenarbeit entstandenes Luftabwehrsystem soll in die bestehenden Anlagen der Bundeswehr integriert werden. ...

<https://kurz.rt.com/2x9m> bzw. [hier](#)

de.rt.com: "Die Zukunft liegt im eurasischen Raum" – Rainer Rupp über den Krieg in der Ukraine

RT DE befragte Rainer Rupp in einem Interview zum Sinn deutscher Waffenlieferungen an die Ukraine und dem daraus entstehenden Risiko, wie sich dieser Krieg weiter entwickeln wird und ob Deutschland zu weiteren Sanktionen genötigt werden könnte. ...

<https://kurz.rt.com/2xfg> bzw. [hier](#)

Scott Ritter: Angriff auf den Bahnhof von Kramatorsk: Der Schlüssel zur Suche nach den Tätern

Kiew und seine westlichen Unterstützer machten umgehend Russland für den Raketenangriff auf den Bahnhof von Kramatorsk verantwortlich. Doch eine ordnungsgemäße Untersuchung würde dem wahrscheinlich widersprechen. Der Schlüssel, um die Hintermänner des Angriffs zu finden, liegt in einem übersehenen Detail. ...

<https://kurz.rt.com/2xfv> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Vize-Ministerpräsident Borissow : Sanktionen gefährden Umsetzung des Verteidigungsauftrags nicht

Russlands Wirtschaft hat sich schon seit 2014 auf die drohenden westlichen Sanktionen vorbereitet. Das erklärte Juri Borissow, der stellvertretende Ministerpräsident der Russischen Föderation für Verteidigung und Industrie, in einem Interview mit RT. Deshalb komme das Land mit der aktuellen Situation klar und werde an den Bedingungen sogar wachsen. ...

<https://kurz.rt.com/2xgt> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:07 de.rt.com: Sowjetisches Ehrenmal und KZ-Gedenktafel in Neubrandenburg mit blau-gelben Nazi-Symbolen geschändet

Wieder wurde ein sowjetisches Ehrenmal, außerdem ein Denkmal für KZ-Opfer der Nazis geschändet, diesmal in Neubrandenburg. Auf einem Friedhof der Stadt in Mecklenburg-Vorpommern wurden ukrainische nationalistische Parolen und Nazi-Schmierereien in blauer und gelber Farbe entdeckt. Polizeiliche Ermittlungen laufen.

Wie der Nordkurier aus Neubrandenburg [berichtet](#), wurden auf dem städtischen Neuen Friedhof heute Nazi-Schmierereien und ukrainische nationalistische Parolen entdeckt. Mit blauer und gelber Farbe wurden das sowjetische Ehrenmal und eine KZ-Gedenktafel geschändet.

Die Zeitung war durch einen Leserhinweis auf die Verunstaltungen aufmerksam gemacht geworden. Das sowjetische Ehrenmal ist dem Andenken an die im Zweiten Weltkrieg bei der Befreiung Deutschlands gefallenen Soldaten der sowjetischen Roten Armee gewidmet; die Gedenktafel erinnert an 99 Frauen, die in der Außenstelle Neubrandenburg des Konzentrationslagers Ravensbrück zu Tode gekommen waren. Während des deutschen Faschismus mussten, wie die Zeitung schreibt, etwa 6.000 Frauen in der Neubrandenburger KZ-Außenstelle Zwangsarbeit unter teils unvorstellbar schweren Bedingungen leisten. Unter ihnen befanden sich auch viele Ukrainerinnen.

Deutlich erkennbar ist die faschistische Symbolik der Schmierereien auf der Gedenktafel: das Hakenkreuz der Nazis, eine sogenannte "Wolfsangel"-Rune sowie ein "Keltenkreuz" in blauer und gelber Farbe.

Das sowjetische Ehrenmal wurde mit der ukrainisch-nationalistischen Parole "Slawa Ukrajini – Herojam slawa!", ebenfalls in den Nationalfarben der Ukraine beschmiert, allerdings in etwas ungelenken Buchstaben. Dabei scheint, soweit auf den veröffentlichten Bildern erkennbar, der kyrillische Buchstabe p, der dem lateinischen r entspricht, im Wort "Ukrajini" zu fehlen.

Möglicherweise wurden die Schriftzeichen mit absichtlich verstellter Schrift, falls die Täter Muttersprachler waren, oder andernfalls von Personen angebracht, die es nicht gewohnt sind, kyrillisch zu schreiben.

Die genannte ukrainische nationalistische Parole ist nach 2014 zur offiziellen Grußformel in der Ukraine gemacht geworden ("Ruhm der Ukraine! – Ruhm den Helden!"). Der Bezug auf den deutschen Faschismus ist offenkundig: Denn die auf den Denkmälern angebrachten faschistischen Symbole wurden historisch von den deutschen Nazis in der besetzten Ukraine verwendet und werden heute sowohl von neonazistischen Gruppierungen als auch von nationalistischen oder faschistischen paramilitärischen Formationen in der Ukraine benutzt. Wie der Nordkurier zu Recht anmerkt, führt auch das in diesen Tagen häufig erwähnte sogenannte "Asow"-Bataillon, von dem sich derzeit noch Kämpfer im Stahlwerk von Mariupol verschanzt halten, die "Wolfsangel" in seinem Wappen.

Wie die Zeitung berichtet, sind die polizeilichen Ermittlungen angelaufen und wurden vom Staatsschutz übernommen; es bestünde der Verdacht einer politischen Motivation, und ein Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine werde nicht ausgeschlossen, ebenso ein Zusammenhang mit dem Geburtsdatum Adolf Hitlers. Die Stadtverwaltung von Neubrandenburg wolle die Schmierereien möglichst bald beseitigen lassen, nachdem sie für Ermittlungszwecke dokumentiert worden sind, habe es geheißen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62604874b480cc58bf43d3d8.jpg>
g

20:55 de.rt.com: **Russland startet neue Interkontinentalrakete: "Wird denen zu denken geben, die uns bedrohen"**

Russland hat am Mittwoch mit den Abnahmetests der interkontinentalen Trägerrakete für Nuklearsprengköpfe des Typs RS-28 "Sarmat" begonnen. Der erste Teststart verlief nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums erfolgreich. Nach erfolgreichem Abschluss der Testreihe kann die Serienfertigung der "Sarmat" voraussichtlich noch in diesem Jahr beginnen.

Das russische Verteidigungsministerium hat am Mittwoch mitgeteilt, dass die Interkontinentalrakete Sarmat erfolgreich gestartet worden sei. Der Start ist der erste in einer Serie staatlicher Abnahmetests. Diese Art von Tests sind die Stufe einer Serienreife der Neuentwicklung. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist auch eine im Notfall sofort einsatzbereite Nullserie bereits produziert.

Der russische Präsident Wladimir Putin beglückwünschte das Militär zu dem erfolgreichen Test der Rakete:

"Diese wirklich einzigartige Waffe wird das Potenzial unserer Streitkräfte stärken, Russlands Sicherheit vor äußeren Bedrohungen zuverlässig gewährleisten und diejenigen, die in der Hitze der aggressiven Rhetorik versuchen, uns, unser Land, zu bedrohen, zum Nachdenken bringen."

Die Sarmat-Raketen (Typbezeichnung nach russischer Klassifizierung PC-28, nach der Klassifizierung der NATO SS-X-30 Satan2) wurde entwickelt, um die noch aus sowjetischer Produktion stammenden Trägerraketen für nukleare Sprengköpfe des Typs P-36M2 (nach NATO-Klassifizierung SS-18 "Satan") abzulösen. Letztere wurden zwar in postsowjetischer Zeit in mehreren Schritten modernisiert und verbessert weiterproduziert, nach übereinstimmender Ansicht russischer Militärstrategen wurde es jedoch Zeit für eine Neuentwicklung, die mit der PC-28 umgesetzt wird.

Die Raketen des Typs Sarmat haben nach russischen Angaben eine Reichweite von 18.000 Kilometern. Dadurch erlauben sie einen Nuklearschlag auf die USA auf einer suborbitalen Flugbahn über jeden Punkt des Erdballs, wohl sogar über den Südpol, worauf die amerikanischen Raketenabwehrkonzeptionen nach Einschätzung der Militärstrategen nicht vorbereitet sind. Zumindest wird die theoretische Möglichkeit eines Atomschlages, der nicht auf der kürzesten Route über den Nordpol geführt wird, die Kosten des amerikanischen Plans, sich durch ein Raketenabwehrsystem effektiv zu schützen, erheblich verteuern.

Die Nutzlast der Rakete wurde im Vergleich zum Vorgängertyp erheblich erhöht: Statt 8,8 Tonnen können bis zu 10 Tonnen ans Ziel gebracht werden. Zudem ermöglicht die "Sarmat"

den Transport mehrerer kleinerer Sprengköpfe, die sich getrennt einsetzen lassen und so das Abfangen für ein Raketenabwehrsystem nochmals erschweren. Bis zu 10 Sprengköpfe sollen es werden, bei Einsatz manövrierfähiger Sprengköpfe jedoch nach derzeitigem Entwicklungsstand bis zu drei.

Die erreichbare Geschwindigkeit soll bis zu 15 Mach, also die 15-fache Schallgeschwindigkeit betragen, im vollbeladenen Zustand soll die mittlere Geschwindigkeit in der Atmosphäre zwischen 5 und 7 Kilometer pro Sekunde betragen. Auch das sind immerhin etwa 18.000 bis zu 25.000 Kilometer pro Stunde.

Die Fähigkeit der "Sarmat" den Orbit zu erreichen, ist auch in ökonomischer Hinsicht ein Durchbruch: Kurz vor Ablauf ihrer Nutzungsdauer als Waffenträger sollen die Raketen künftig in der zivilen Raumfahrt eingesetzt werden und so ihre Kosten teilweise wieder kompensieren.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6260395d48fbef1962218726.jpg>

21:00 de.rt.com: **Montenegro fordert Provider auf, RT und Sputnik im Land zu sperren**

Der Rat der montenegrinischen Agentur für elektronische Medien (AEM) hat die Anbieter aufgefordert, RT und Sputnik in Montenegro zu blockieren. Wörtlich hieß es:

"Der AEM-Rat hat erklärt, dass mit dem Inkrafttreten des Regierungsbeschlusses über restriktive Maßnahmen gegen RT und Sputnik alle Rundfunkanstalten diese Programme und ihre Inhalte unverzüglich aus ihrem Angebot ausschließen sollten, sofern sie dies nicht bereits getan haben."

Die Maßnahmen der Behörden umfassen den Entzug sämtlicher Genehmigungen auf allen Plattformen. Die AEM betonte, dass man alles tun werde, um diese Maßnahmen auch durchzusetzen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6260465fb480cc59fc667fdb.jpg>

21:30 de.rt.com: **Frankreich drängt EU zu Verbot von Rohöl aus Russland**

Paris verlangt von Brüssel ein Embargo gegen Erdöl aus Russland zu verhängen. Laut dem Finanzminister Frankreichs versuche sein Land, die EU-Partner davon zu überzeugen, kein Öl aus Russland mehr einzukaufen.

Der französische Finanzminister Bruno Le Maire sagte am Dienstag, die Europäische Union arbeite an einem Verbot von Öleinfuhren aus Russland. Er fügte hinzu, dass der französische Staatspräsident Emmanuel Macron einen solchen Schritt befürworte. Le Maire soll dem französischen Radiosender Europe 1 erklärt haben:

"Ich hoffe, dass wir in den kommenden Wochen unsere europäischen Partner davon überzeugen können, kein russisches Öl mehr zu importieren."

"Wir haben immer gesagt, dass wir ein Kohleembargo wollen, und wir haben es getan."

Der Minister fügte hinzu, ein Stopp der Ölimporte aus Russland sei "notwendiger denn je, da dies die Finanzierung des Krieges in der Ukraine untergraben wird".

Unterdessen erklärte der französische Präsident, Frankreich sei nicht auf russisches Gas angewiesen und werde sich weiterhin für Sanktionen gegen Lieferungen aus Russland einsetzen. In einem Interview mit dem Fernsehsender France 5 sagte er:

"Europa ist von russischem Gas abhängig, aber Frankreich braucht es nicht."

Laut Macron arbeitet Paris daran, Gas aus anderen Ländern zu kaufen. Bereits im April hatte der französische Staatschef die Europäische Union aufgefordert, die Einfuhr von Öl und Kohle aus Russland zu beschränken.

Russland liefert rund 40 Prozent des in der EU benötigten Erdgases und deckt etwa ein Drittel des Ölbedarfs ab.

In diesem Monat hat die Europäische Union ein Verbot von Kohleimporten aus Russland beschlossen, konnte sich aber nicht auf ein Öl- und Erdgasembargo einigen. Viele EU-Länder sind in hohem Maße von russischen Energieressourcen abhängig, während einige keine Alternative haben, da sie Binnenländer sind und daher kein verflüssigtes Gas importieren können.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625fc940b480cc0c9755dc5e.jpg>

21:30 de.rt.com: **Luftabwehrsysteme fangen im Donbass ukrainische Totschka-U-Rakete ab – Kind kommt durch Raketentrümmer ums Leben**

Die Luftverteidigungskräfte der DVR wollen eine Totschka-U-Rakete der ukrainischen Streitkräfte über der Stadt Schachtjorsk abgewehrt haben. Dies teilte das Hauptquartier der Territorialverteidigung der Volksrepublik mit. Wörtlich hieß es:

"Über Schachtjorsk haben Luftabwehrmittel eine Rakete der Streitkräfte der Ukraine abgefangen. Vermutlich wurde eine Totschka-U-Rakete abgefangen."

Darüber hinaus meldete das Hauptquartier, dass drei Menschen verletzt worden seien. Ein Kind sei von Raketentrümmern, die in einem Wohngebiet einschlugen, getötet worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62604e93b480cc6d20324725.jpg>

22:04 de.rt.com: **Prorussischer Blogger in Cherson mutmaßlich vom ukrainischen Geheimdienst erschossen**

In der seit Anfang März von der russischen Armee kontrollierten Stadt Cherson wurde am Morgen des 20. April der prorussische Blogger und Aktivist Waleri Kuleschow mit mehreren Schüssen auf sein Auto getötet. Die Ermittlungen stehen erst am Anfang, doch einiges spricht für die Hypothese, dass es die Tat ukrainischer Kräfte war.

Am Mittwochmorgen gegen 8:15 Uhr Ortszeit haben Unbekannte den prorussischen Blogger und freiwilligen Helfer Waleri Kuleschow in seinem Auto im Hof seines Hauses in Cherson erschossen.

Die südukrainische Stadt Cherson wird seit Anfang März vom russischen Militär kontrolliert. Kuleschow hatte sich offen auf die Seite Russlands gestellt und in einem Blog über das Leben in Cherson und die Organisation humanitärer Hilfe berichtet.

Auf dem youtube-Kanal "Unser Cherson", den Kuleschow zusammen mit anderen Bloggern betrieb, wurde sein [letztes Video](#) veröffentlicht. In den Kommentaren haben bis zum Abend Hunderte Ukrainer und Russen aus allen Landesteilen Kondolenzen hinterlassen.

Die Polizei ermittelt nach Angaben der Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der russischen Militärpolizei in alle Richtungen. Am wahrscheinlichsten gilt jedoch die Hypothese, dass es die Tat einer ukrainischen Diversionsgruppe oder von proukrainischen Terroristen ist, die sich im Untergrund bewegen.

"Der Berater des Innenministers Geraschtschenko hat bestätigt, dass der Blogger in Cherson von den ukrainischen Sonderdiensten getötet wurde. Aber das ist in Ordnung, es ist ein guter demokratischer Mord."

Das ist nunmehr der zweite Mord an einem prorussischen Prominenten in der Stadt, RT DE hatte [berichtet](#). Damals war die Verwaltung noch weitgehend den ukrainischen Organen überlassen. Seitdem hat sich einiges verändert: Es wurden in vielen Städten und Gemeinden der Region Cherson sogenannte militärisch-zivile Verwaltungen gebildet. Außerdem werden intensiv die Listen der freiwilligen Territorialverteidigungen und rechtsextremer Organisationen in der Stadt abgearbeitet. Offensichtlich ist dies aber noch nicht genug, um den friedlichen Bürgern von Cherson Ruhe und Sicherheit zu garantieren.

Die ukrainische Seite rächt sich zielgerichtet an allen, die mit der russischen Seite zusammenarbeiten. So wurde am 2. März war [Wladimir Struk](#), der Bürgermeister der Stadt Kremeinna in der Region Lugansk für die Bereitschaft der Zusammenarbeit mit Russland vor laufender Kamera erschossen. Sein Vergehen bestand darin, seine Kollegen zu Verhandlungen mit dem Donbass-Militär aufzurufen. Er wurde abgeholt, gefoltert und erschossen, und Anton Geraschtschenko, Berater des Innenministeriums, feierte diesen Mord mit der Bemerkung "ein Verräter weniger in der Ukraine".

In der zweiten Märzhälfte [entführte](#) der ukrainische Sicherheitsdienst SBU die Tochter des Bürgermeisters der von der russischen Armee besetzten Stadt Kupjansk in der Region Charkow, Gennadij Mazegor. Ihm wird ebenfalls "Kollaboration mit dem Besatzer" vorgeworfen. Die 20-jährige Studentin hielt sich in der Westukraine auf, als sie entführt wurde. Nach den Worten von Mazegor in einer emotionalen Videoansprache an Selenskij wird er damit bedroht, dass die Tochter umgebracht werden soll.

Soweit die Opfer des im Westen sogenannten "Massakers von Butscha" bis jetzt überhaupt namentlich bekannt wurden, handelt es sich um Personen, bei denen man prorussische Ansichten vermuten kann. So gehört zu den Todesopfern der offen prorussische Politiker [Alexander Rschawskij](#). Die prorussischen Ansichten zeigte der ehemalige Rada-Abgeordnete bis zuletzt. Warum das russische Militär ausgerechnet ihn erschießen sollte, liegt im Dunkeln. Die Ortsvorsteherin des Dorfes Butscha, Olga Suchenko, hatte bis zu ihrem Verschwinden Ende März 2022 mit den russischen Truppen zumindest in humanitären Fragen zusammengearbeitet. Nach Aussagen der Dorfbewohner hatte sie sich vor Einzug des russischen Militärs geweigert, den Ort zu verlassen, weil sie ihre Amtspflichten im Interesse der Dorfbewohner fortführen wollte. Die Dorfbewohner beschrieben auch eine energische Aktivität der Ortsvorsteherin bei der Lösung von Versorgungsfragen. Dass dies in der Zeit bis zum Abzug des russischen Militärs nur durch Zusammenarbeit mit letzterem möglich war, liegt in der Natur der Sache.

Von den im März in Kiew und anderen Städten der Ukraine [verschwundenen](#) oppositionellen Politikern, Journalisten und Prominenten, fehlt bis auf wenige Ausnahmen nach wie vor jedes Lebenszeichen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62604862b480cc58e8799fca.jpeg>

22:10 de.rt.com: **Selenskij will in Mariupol eingeschlossene ukrainische Soldaten gegen russische Kriegsgefangene austauschen**

Wladimir Selenskij hat vorgeschlagen, ukrainische Kämpfer in Mariupol gegen russische Gefangene auszutauschen. In der Erklärung hieß es wörtlich:

"Wir sind zu verschiedenen Formen des Austauschs unserer Leute gegen russische Leute, russisches Militär bereit."

Die russischen Streitkräfte hatten den ukrainischen Soldaten und den im Hüttenwerk Asow-Stahl in Mariupol verbliebenen ausländischen Söldnern wiederholt vorgeschlagen, die Kämpfe einzustellen und ihre Waffen niederzulegen, um ihr Leben zu retten.

22:30 de.rt.com: **Moskau beschuldigt Kiew, humanitäre Operation in Asow-Stahl vereitelt zu haben**

Die Kiewer Behörden sollen den Zivilisten, die sich im Hüttenwerk Asow-Stahl in Mariupol aufhalten, nicht erlaubt haben, einen humanitären Korridor zu nutzen. Dies erklärte der Leiter des russischen Zentrums für Nationales Verteidigungsmanagement Generaloberst Michail Misintzew. Der Vertreter des russischen Militärs sagte mit Bedauern:

"Wir müssen feststellen, dass die angekündigte humanitäre Aktion von den Kiewer Behörden auf zynische Weise unterbrochen wurde und niemand den besagten Korridor benutzt hat."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/626064a848fbef158d4b3219.jpg>

22:33 de.rt.com: **Putin: Russland wird Normalisierung des Lebens im Donbass erreichen**

Wladimir Putin hat erklärt, Russland werde dafür sorgen, das Leben im Donbass zu normalisieren. Zu diesem Zweck werde Moskau konsequent handeln, sagte er und betonte, dass die Geschehnisse der letzten acht Jahre im Donbass Russland "gezwungen" hätten, eine Militäroperation einzuleiten.

Die jahrelange Tragödie im Donbass habe Russland gezwungen, eine besondere Militäroperation in der Ukraine einzuleiten. Dies sagte der russische Präsident Wladimir Putin bei einer Sendung von Rossija 24. Er fügte hinzu, dass Moskau konsequent handeln und eine Normalisierung des Lebens in der Region erreichen werde. Der russische Staatschef zeigte sich zuversichtlich, dass der Donbass dank Russland befriedet werden kann.

Russische Behörden sprechen seit dem Beginn der Sonderoperation in der Ukraine von einem erzwungenen Charakter dieser Militäraktionen. Vor einer Woche bezeichnete der russische Präsident die Geschehnisse in der Ukraine als Tragödie, betonte aber erneut, dass Russland keine Wahl hatte. Putin sagte, die Ziele der Operation seien "absolut klar und edel" – nämlich den Menschen im Donbass zu helfen. Seiner Meinung nach war ein Zusammenstoß mit Nationalisten in der Ukraine für Russland unvermeidlich.

Die Militäroperation begann am 24. Februar, wobei der russische Präsident die "Entmilitarisierung und Entnazifizierung" der Ukraine als Ziele nannte. Kiew verhängte das Kriegsrecht und brach die diplomatischen Beziehungen zu Moskau ab.

Am 25. März erklärte das russische Verteidigungsministerium, dass die Aufgaben der ersten Phase der Sonderoperation im Großen und Ganzen abgeschlossen seien und es nun möglich sei, "die Hauptanstrengungen auf das Erreichen des Hauptziels zu konzentrieren: die Befreiung des Donbass". Am 19. April erklärte der Außenminister Sergei Lawrow, dass die nächste Phase der Operation eingeleitet worden sei. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij sagte kurz vor Lawrows Erklärung, dass die "Schlacht um den Donbass" begonnen habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6260044bb480cc0c5553162d.jpg>

5:45 de.rt.com: **Chinas Verteidigungsminister: Taiwan-Frage könnte Beziehungen zwischen China und USA beeinträchtigen**

Wei Fenghe, der chinesische Verteidigungsminister, hat die USA vor einer falschen Haltung in der Taiwan-Frage gewarnt. Er geht davon aus, dass eine Divergenz in dieser Frage fatale Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Peking und Washington haben könnte.

Ein falscher Umgang mit der Taiwan-Frage könnte fatale Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen China und den USA haben. Dies eröffnete das chinesische Staatsratsmitglied und Verteidigungsminister Wei Fenghe am Mittwoch in einem Telefongespräch seinem US-amerikanischen Amtskollegen Lloyd Austin. In einer Erklärung des chinesischen

Verteidigungsministeriums wurde er mit den Worten zitiert:

"Taiwan ist ein integraler Bestandteil Chinas. Diese Tatsache und dieser Status quo können von niemandem geändert werden."

Wei Fenghe wies auch darauf hin, dass die chinesischen Streitkräfte die nationale Souveränität, Sicherheit und territoriale Integrität ihres Landes entschlossen verteidigen würden. Darüber hinaus sagte er:

"Die chinesische Seite fordert, dass die USA die militärischen Provokationen auf See einstellen und die Ukraine-Frage nicht dazu benutzen, China mit Dreck zu beschmieren und die Schuld auf das Land zu schieben, sowie zu drohen und Druck auszuüben."

Laut Mitteilung des chinesischen Außenministeriums tauschten die beiden Seiten ihre Ansichten über die Sicherheit im See- und Luftverkehr sowie über die Lage in der Ukraine aus.

Die Vereinigten Staaten brachen im Jahr 1979 die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan ab und nahmen Beziehungen zur China auf. In Anerkennung der Ein-China-Politik unterhält Washington weiterhin Kontakte zu der selbstverwalteten Insel und beliefert sie mit Waffen. Dies löste Proteste in Festlandchina aus, wo Taiwan als integraler Bestandteil des chinesischen Territoriums betrachtet wird, und das jegliche separatistische Bestrebungen strikt ablehnt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/626021c848fbef152103f310.jpg>

vormittags:

6:00 de.rt.com: USA können Waffenlieferungen an die Ukraine nicht nachverfolgen

Das Pentagon liefert der Ukraine zwar Waffen, weiß aber nicht, wo sie überhaupt ankommen. Dies berichtet der TV-Sender CNN mit Verweis auf mehrere hochrangige Quellen. Die Gefahr, dass die Waffen in die falschen Hände gelangen, kann nicht ausgeschlossen werden. Washington bemüht sich, große Mengen an "tödlichen Hilfsgütern", die in den vergangenen Monaten an die ukrainischen Streitkräfte geliefert wurden, nachzuverfolgen. Das teilten US-Beamte dem TV-Sender CNN mit. Diese sollen erklärt haben, dass die Nachrichtendienste "fast keine Möglichkeiten" hätten, "die Lieferungen bis zu ihren Bestimmungsorten zu verfolgen".

Obwohl es sich bei den Waffenlieferungen an die Ukraine um die "größte Lieferung der letzten Zeit an ein Partnerland in einem Konflikt" handele, sei das Weiße Haus zunehmend besorgt darüber, dass die Hilfe "in den Händen anderer Streitkräfte und Milizen landen könnte, die die USA nicht bewaffnen wollten", erklärte ein hochrangiger Vertreter des US-Verteidigungsministeriums am Dienstag dem Sender CNN. Eine weitere Quelle, die mit den US-Geheimdiensten vertraut sein will, erklärte:

"Wir haben für eine kurze Zeit eine hohe Sicherheit, aber wenn es in den Nebel des Krieges

eindringt, haben wir fast nichts mehr."

Eine andere Quelle fügte hinzu, dass die Waffen "in ein großes schwarzes Loch fallen und man nach kurzer Zeit fast gar nichts mehr davon hört".

Trotz dieses "blinden Flecks, der zum großen Teil auf das Fehlen von US-Soldaten vor Ort" in der Ukraine und die Mobilität vieler der gelieferten Waffen zurückzuführen ist, habe die US-Regierung "das Risiko einkalkuliert", dass einige US-amerikanische Waffen an "unerwartete Orte" gelangen, so ein weiterer Pentagon-Beamter.

Schätzungen des Westens über Opfer in der Ukraine und weitere Details über die Kampfhandlungen blieben ebenfalls "nebulös", fügten zwei Geheimdienstquellen hinzu. Dies bedeute, dass die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Verbündeten oft gezwungen seien, sich auf Informationen der Kiewer Regierung zu verlassen. Diese seien aber nicht immer zuverlässig.

Eine weitere Quelle erklärte, dass Krieg herrsche und daher alle Schritte, die ukrainische Beamte öffentlich tun und verkünden, Schritte seien, um den Krieg zu gewinnen:

"Jede öffentliche Erklärung ist eine Informationsoperation, jedes Interview, jeder Auftritt Selenskis ist eine Informationsoperation."

Seit dem Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine hat Washington mehr als 2,6 Milliarden US-Dollar an Militärhilfe für Kiew und mehrere Milliarden an humanitärer Hilfe bereitgestellt.

Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2020 hat US-Präsident Joe Biden Kiew insgesamt 3,2 Milliarden US-Dollar überwiesen. Mehr als 100.000 US-amerikanische Soldaten wurden außerdem zur Verstärkung der NATO-Ostflanke verlegt. Einzelne Mitglieder des Militärblocks haben ebenfalls Hilfe in Milliardenhöhe angeboten.

Seit Dienstag plant das Weiße Haus Berichten zufolge ein weiteres großes Hilfspaket für Kiew. Dies soll die Ukraine bei der Abwehr eines angeblich bevorstehenden russischen Angriffs auf das von den Donbass-Republiken beanspruchte Gebiet unterstützen. Erst vergangene Woche hatte Washington 800 Millionen US-Dollar für schwere Artillerie, Drohnen, gepanzerte Fahrzeuge, Kampfhubschrauber und weitere Ausrüstungsgegenstände für die Ukraine genehmigt. Unterdessen lehnt das Pentagon weiterhin ab, Einzelheiten über den Inhalt der bevorstehenden Waffenlieferung zu nennen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625fb1dd48fbef6ab05bbf19.jpg>

6:15 de.rt.com: **Indien will Import russischer Energieressourcen steigern**

Die indische Wirtschaft zeigt immer mehr Interesse an russischen Energieressourcen.

Berichten zufolge wollen indische Unternehmen mehr Öl und Kohle aus Russland importieren. Die Situation werde jedoch durch das Fehlen eines klaren Zahlungsmechanismus erschwert.

Indische Importeure planen Medienberichten zufolge, verstärkt russisches Rohöl und Kohle zu vergünstigten Preisen zu kaufen.

Nach Angaben der Economic Times planen Indiens staatliche Öltraffinerien, die Importe aus Russland zu steigern und ihre Einkaufsstrategie von Ausschreibungen auf Verhandlungen zu verlagern, um größere Preisnachlässe zu erhalten. Unter Berufung auf Marktquellen schreibt das Blatt:

"In den kommenden Wochen erwarten die indischen Importeure einen Anstieg der Ölkäufe aus Russland. Aufgrund der Ereignisse in der Ukraine und des Ausbruchs von COVID-19 in China kann Indien mehr Öl zu einem attraktiveren Preis als bisher beziehen."

Indien hat seine Käufe von russischem Öl bereits erhöht und kauft seit Ende Februar 15 Millionen Barrel mit einem Preisnachlass von 25 Prozent. Die Preisnachlässe wurden von Moskau angeboten, um sich inmitten der Sanktionen, die die USA und ihre Verbündeten als Reaktion auf die Militäroperation in der Ukraine gegen Russland verhängt haben, Handelsverträge zu sichern. Indien hat es abgelehnt, sich der westlichen Sanktionskampagne gegen Moskau anzuschließen.

Gleichzeitig berichtete S&P, dass Indien angesichts knapper Lagerbestände die Einfuhren russischer Kohle erhöhen will, da die von Moskau angebotenen Preisnachlässe viel niedriger sind als die für australische und südafrikanische Kohle. Außerdem werden bald neue Kaufangebote erwartet, da nach Angaben der indischen Zentralbehörde für Elektrizität die Lagerbestände der indischen Kraftwerke am 13. April für etwas mehr als acht Tage Kohleverbrennung ausreichen. Nach Angaben von Iman Resources importierte Indien im Jahr 2021 1,76 Millionen Tonnen Kohle aus Russland. Marktquellen zufolge besteht das einzige Hindernis für indische Importeure, russisches Öl und russische Kohle zu kaufen, in der Schwierigkeit, eine Zahlungsmethode zu finden.

Westliche Länder haben russische Banken von der Nutzung des SWIFT-Finanznachrichtennetzes, das den Zahlungsverkehr zwischen Banken erleichtert, ausgeschlossen und ihre Möglichkeiten, Geschäfte in US-Dollar und Euro abzuwickeln, eingeschränkt.

Ende März wurde jedoch bekannt, dass Russland und Indien an der Schaffung eines neuen Transaktionsmechanismus für den bilateralen Handel arbeiten, der Abrechnungen in den Landeswährungen Rubel und Rupien ermöglichen würde. Berichten zufolge könnten sich die Länder dafür entscheiden, das Russian Financial Message Transfer System (SPFS) für den bilateralen Handel zu übernehmen, das ein Analogon von SWIFT darstellt.

Analysten zufolge ist ein Handelsmechanismus zwischen Rupie und Rubel der Schlüssel für ein anhaltendes Handelswachstum zwischen den beiden Ländern, da Indiens Wirtschaft auf russische Energieressourcen und Rohstoffe angewiesen ist, um zu wachsen, und Russland den riesigen indischen Markt braucht, um die Auswirkungen der westlichen Sanktionen auszugleichen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625feee3b480cc0c817c7bfc.jpg>

7:00 de.rt.com: **Ankara: Einzelne NATO-Mitglieder wollen Ukraine-Krieg in die Länge ziehen, um Russland zu schaden**

Die Türkei möchte über ein Ende des Konflikts in der Ukraine verhandeln, während einige weitere NATO-Mitglieder den Konflikt gerne in die Länge ziehen würden, um Russland zu schaden. Darauf wies der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu am Mittwoch in einem Fernsehinterview hin.

In einem längeren Auftritt bei CNN Turk sprach der Diplomat unter anderem über die Entscheidung Ankaras, Moskau nicht zu sanktionieren, und darüber, warum die Istanbul Gespräche zwischen Russland und der Ukraine gescheitert sind. Er erklärte:

"Es gibt Länder innerhalb der NATO, die wollen, dass der Krieg in der Ukraine weitergeht. Sie sehen in der Fortsetzung des Krieges eine Schwächung Russlands. Die Lage in der Ukraine ist ihnen ziemlich egal."

US-Präsident Joe Biden hatte Anfang des Monats verkündet, dass der Konflikt in der Ukraine "noch lange andauern könnte". Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz sagte nach einem Telefonat mit den Staats- und Regierungschefs der G7 am Dienstag, der Westen sei sich einig, dass Russland nicht gewinnen dürfe. Er sei entschlossen, das ukrainische Militär weiter zu bewaffnen, damit es sich weiterhin gegen Angriffe des russischen Militärs verteidigen könne.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6260dfb7b480cc28504ae330.jpg>

7:20 de.rt.com: **Moskau: Ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats könnten Basis für Garantiestaaten für die Ukraine bilden**

Die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats (Russland, China, das Vereinigte Königreich, die USA und Frankreich) könnten die Grundlage für Garantiestaaten für die Ukraine bilden. Diese Frage werde bei den russisch-ukrainischen Gesprächen diskutiert, erklärte der Direktor der zweiten GUS-Abteilung des russischen Außenministeriums Alexei Polischtschuk in einem Interview mit der Nachrichtenagentur TASS. Der Diplomat teilte mit: "Neben dem neutralen, bündnisfreien und atomwaffenfreien Status der Ukraine, der ihre Entmilitarisierung und Entnationalisierung vorsieht, wird in diesen Gesprächen auch die Gewährung von Sicherheitsgarantien für die Ukraine durch eine Reihe von Ländern in Betracht gezogen."

Es wird erwartet, dass die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats die Grundlage für das Institut der Garantiestaaten bilden können. Andere Optionen sind nicht ausgeschlossen, daher steht die genaue Liste noch nicht fest."

7:45 de.rt.com: **Medienbericht: Indien verweigert Militärtransportern aus Japan die Nutzung seiner Flughäfen**

Indiens Regierung weigert sich, die Flughäfen des Landes für die Beladung japanischer Militärtransportflugzeuge zur Verfügung zu stellen, die humanitäre Hilfe für ukrainische Flüchtlinge leisten sollen. Tokio führte dies offiziell auf einen Mangel an Koordination zurück, berichtete die Nachrichtenagentur Kyodo am Donnerstag unter Berufung auf offizielle Quellen.

Japanische Militärflugzeuge sollten in Absprache mit spezialisierten UN-Gremien humanitäre Hilfsgüter in Indien und den Vereinigten Arabischen Emiraten verladen und nach Polen und Rumänien weiterleiten. Neu-Delhi hat Berichten zufolge zuerst keine Einwände gegen diese Option erhoben, am 20. April aber eine klare Absage erteilt.

Die regierende Liberaldemokratische Partei Japans führt diese Entwicklung nach Angaben von Kyodo auf die traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen Indien und Russland zurück. Die japanischen Behörden werden daher die Logistik für die Entsendung von Fracht für Flüchtlinge überdenken müssen, so die Agentur.

8:40 de.rt.com: **Litauen liefert Granatwerfer im Wert von mehreren zehn Millionen Euro an die Ukraine**

Vilnius hat der Ukraine eine Ladung schwerer Granatwerfer im Wert von mehreren zehn Millionen Euro übergeben. Die Nachrichtenagentur BNS zitierte den Verteidigungsminister der baltischen Republik, Arvydas Anušauskas, am Donnerstag mit den Worten:

"Wir haben der Ukraine militärische Unterstützung zukommen lassen. Wir haben schwere Granatwerfer geliefert, deren Anzahl wir nicht nennen wollen.

Der Restwert der Waffen wird auf einen zweistelligen Millionenbetrag geschätzt."

Wie der Leiter des Verteidigungsministeriums feststellte, schickt Litauen regelmäßig Waffen und Munition in die Ukraine. Er erklärte:

"Es ist schwierig, auch nur alles zu benennen. Vor etwa einem Monat habe ich etwa 35 Artikel gezählt. Nicht nur Stinger-Raketensysteme, sondern auch andere Flugabwehr- und Panzerabwehrwaffen, Granaten, Maschinengewehre, automatische Gewehre und Kommunikationsausrüstung wurden übergeben."

wpered.su: **„Wir lassen die unsrigen nicht im Stich“: Kommunisten helfen weiter Zivilisten und Soldaten**

Aktivisten der Kommunistischen Partei der DVR, des Frauenverbandes der Stadt Donezk und der Union sowjetischer Offiziere und Verteidiger des Donbass setzen ihre humanitäre Arbeit fort, dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Dank nicht gleichgültiger Einwohner der Republik gelingt es den Kommunisten, Soldaten Hilfe zu leisten, Kleidung und Medikamente zu beschaffen.

Außerdem sind die Aktivisten mehrfach auf die befreiten Territorien gefahren, sie haben mehrfach Mariupol besucht, in dem sie äußerst wichtige humanitäre Hilfe an Einwohner verteilt haben.

9:05 de.rt.com: **Russische Botschaft: Neue Sanktionen zeigen die Verzweiflung der USA**

Die neuen Sanktionen zeigen, dass die Vereinigten Staaten verzweifelt versuchen, Moskau ihren Willen aufzuzwingen. Das verkündete die russische Botschaft in Washington. Die diplomatische Vertretung teilte in einer Erklärung auf ihrem Telegram-Kanal mit:

"Aufgrund der offensichtlich weit hergeholten und unbegründeten Anschuldigungen werden die Sanktionen immer absurder und zeigen die Verzweiflung Washingtons über seine Unfähigkeit, unser Land seinem Willen zu unterwerfen."

Die auferlegten Beschränkungen seien ein Sammelsurium dessen, was sich die USA noch leisten können, so die Botschaft.

"Lokale Regierungskreise täten gut daran, darauf hinzuweisen, dass die antirussischen Maßnahmen den USA selbst schaden würden, anstatt den von ihnen erwarteten Aufruhr in unserem Land auszulösen."

Am Mittwoch verhängten die Vereinigten Staaten Visabeschränkungen gegen 635 Russen wegen angeblicher "Unterdrückung abweichender Meinungen, Bedrohung der Integrität der Ukraine und Verletzung der Menschenrechte in Gefängnissen im Donbass".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6260e42c48fbef152103f359.jpg>

9:22 de.rt.com: **Schoigu erklärt Mariupol für befreit – Putin bläst Sturm auf Industriegelände ab**

Russlands Verteidigungsminister Schoigu hat Präsident Wladimir Putin über die Befreiung der ukrainischen Hafenstadt Mariupol berichtet. Im Hüttenwerk Asowstal seien über 2.000 ukrainische Kämpfer festgesetzt. Putin zufolge sei ein Sturm des Industriegeländes unzweckmäßig.

Am Donnerstagmorgen hat der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu bei einem Treffen mit Präsident Wladimir Putin die Hafenstadt Mariupol für befreit erklärt. Ihm zufolge habe die Gruppierung der ukrainischen Armee, der nationalistischen Verbände und der ausländischen Söldner zum Zeitpunkt der Umzingelung der Stadt am Asowschen Meer ungefähr 8.100 Mann betragen. Mehr als 4.000 von ihnen seien bei der Befreiung Mariupols getötet worden, 1.478 hätten sich ergeben. Die restliche Gruppierung, die mehr als 2.000 Kämpfer zähle, sei auf dem Industriegelände von Asowstal festgesetzt.

Schoigu fügte hinzu, dass die russischen Streitkräfte drei bis vier Tage bräuchten, um den Einsatz zur Befreiung des Hüttenwerks zu Ende zu bringen. Die restliche Stadt sei völlig unter Kontrolle der russischen Streitkräfte sowie der Truppen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk.

Unterdessen befahl Putin den russischen Streitkräften, keinen Sturm auf das Industriegelände in Mariupol durchzuführen und das Hüttenwerk so abzuriegeln, "dass keine Fliege durchkommt":

"Den vorgeschlagenen Sturm des Industriegeländes halte ich für unzweckmäßig. Ich befehle, ihn abzublasen."

Putin begründete seine Entscheidung mit der Sorge um das Leben und die Gesundheit der russischen Soldaten und Offiziere. Es ergebe keinen Sinn, "in diese Katakomben zu steigen und unterirdisch in diesen Industrieanlagen herumzukriechen".

Zugleich versprach Putin, alle im Hüttenwerk verschanzten ukrainischen Soldaten, die sich

ergeben würden, am Leben zu lassen. Allen Verwundeten werde man fachkundige medizinische Hilfe erweisen.

Darüber hinaus erklärte Schoigu, man habe trotz des Widerstandes der Kämpfer mehr als 142.000 Menschen aus Mariupol evakuiert. Im Hafen seien alle Geiseln befreit worden. Putin nannte die Befreiung der Stadt einen Erfolg und gratulierte dem Verteidigungsminister und den Truppen dazu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/626111abb480cc12061d57e1.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 21.4.22 um 11:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-30 „Smertsch“ und BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von 7 Ortschaften der Republik. Mit Trauer teilen wir mit, dass infolge der ukrainischen Aggression zwei Kinder verletzt wurden, von denen eines starb. Insgesamt wurden 12 Menschen verletzt. 23 Wohnhäuser, 3 zivile Infrastrukturobjekte und 2 Fahrzeuge wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 57 ukrainische Nationalisten, eine Feuerpositionen eines 120mm-Mörsern, einen Panzer, einen Schützenpanzer und 2 Schützenpanzerwagen vernichtet. Ein Schützenpanzer und 2 Schützenpanzerwagen wurden erbeutet.

10:34 de.rt.com: China: USA sollten pazifische Inselländer als eigenständige Staaten behandeln

Der pazifische Inselstaat der Salomonen will seine Partner im Bereich der Sicherheitspolitik diversifizieren und schloss daher ein Abkommen mit China. Verschiedene westliche Regierungen waren alarmiert über diesen Schritt und äußerten heftige Kritik.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Wang Wenbin hat am Mittwoch bekräftigt, dass das Abkommen zur Sicherheitskooperation zwischen China und den Salomon-Inseln nicht gegen ein drittes Land gerichtet sei. Zudem rief der chinesische Diplomat die Vereinigten Staaten dazu auf, die pazifischen Inselländer als eigenständige Staaten zu

respektieren und sie nicht als Vasallen zu betrachten. Wang war auf seiner täglichen Pressekonferenz zu Medienberichten über die Bedenken der USA, Japans, Neuseelands und Australiens zum neuen Abkommen zwischen Peking und dem pazifischen Inselstaat gefragt worden.

Wang zufolge basiert die Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten auf den Grundsätzen der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens. Sie diene der Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung, der Bewältigung von Naturkatastrophen und der Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Salomonen.

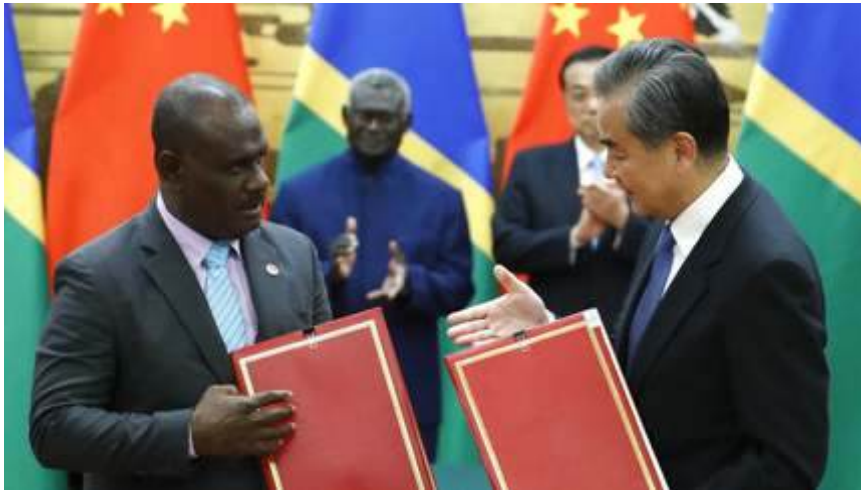
Das Abkommen richte sich nicht gegen Dritte und zielen auch nicht darauf ab, bestehende bilaterale oder multilaterale Sicherheitsmechanismen zu ersetzen, sagte der chinesische Sprecher.

Der Logik der Vereinigten Staaten zufolge könnten die pazifischen Inselländer im Sicherheitsbereich jedoch nur mit den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten zusammenarbeiten. Jede andere Sicherheitszusammenarbeit werde als Bedrohung angesehen, so Wang.

Dazu erklärte der chinesische Diplomat:

"Ich muss die Vereinigten Staaten fragen, ob sie diese Länder als unabhängige und souveräne Staaten oder als ihre eigenen Anhängsel betrachten. Werden die Vereinigten Staaten gleichberechtigte Beziehungen zu diesen Ländern entwickeln oder versuchen, sie zu kontrollieren?"

Bereits Ende März hatte die Regierung des Inselstaates selbst verärgert reagiert über die Kritik einiger westlicher Staaten an der eigenen souveränen Entscheidung, mit China im Sicherheitsbereich zu kooperieren. Der salomonische Premierminister Manasseh Sogavare bezeichnete die Haltung der westlichen Staaten als "sehr beleidigend". Zudem fragte er, was falsch daran sei, wenn sein Land seine Beziehungen zu verschiedenen Partnerstaaten diversifizieren wolle. Die westlichen Staaten hätten sein Land als "unfähig gebrandmarkt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62610fcb48fbef1415021f8b.jpg>

10:35 de.rt.com: **Nach Beschuss durch Asow-Bataillon: Russische Ermittler entdecken 26 getötete Zivilisten auf Gelände eines Mariupoler Krankenhauses**

Eine Arbeitsgruppe von Militärexperten der Donezker Volksrepublik hat zusammen mit Vertretern des russischen Untersuchungskomitees 26 tote Zivilisten auf dem Gelände des Krankenhauses Nr. 4 in Mariupol entdeckt, die dem massiven Beschuss durch die Rechtsextremisten des Asow-Bataillons zum Opfer gefallen sind. Das teilte die DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung der Waffenruhe mit. In einer entsprechenden [Erklärung](#) hieß es:

"Eine Arbeitsgruppe von DVR-Militärexperten beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung der Waffenruhe unter der Führung des Leiters der Agentur, Generalmajor

R. H. Jakubow, setzte gemeinsam mit Vertretern des Untersuchungskomitees der Russischen Föderation ihre Arbeit fort, um die Folgen der bewaffneten Aggression der ukrainischen bewaffneten Formationen gegen Zivilisten und zivile Einrichtungen in Mariupol zu dokumentieren. Am Mittwoch arbeiteten die Experten erneut auf dem Gelände des städtischen Krankenhauses Nr. 4, wo sie weiterhin den Massentod an Zivilisten aufzeichneten und dokumentierten. Insgesamt 26 tote Zivilisten, die dem schweren Beschuss durch das nationalistische Asow-Bataillon zum Opfer gefallen waren, wurden in einem Gebiet acht Meter entlang der medizinischen Einrichtung aufgefunden."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 21.04.2022

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

17 Mann;
3 Schützenpanzerwagen;
8 Fahrzeuge.
11 Stück Panzertechnik;

Nach Informationen von unseren Quellen **planen Kämpfer nationalistischer Formationen der Ukraine für Ostern auf dem Gebiet der Lugansker Oblast eine blutige Provokation** unter Einsatz eines taktischen Raketenkomplexes „Totschka-U“ und von Mehrfachraketenwerfern. Das Feuer wird auf Kirchen und Gläubige gerichtet sein, die zum Gottesdienst gehen. Ziel dieser Provokation ist es, die Einheiten der Volksmiliz der LVR und der Streitkräfte der RF des Mordes an friedlichen Einwohnern zu beschuldigen, die zum Ostergottesdienst gehen.

Wir bitten alle Einwohner der Republik, wachsam zu sein und die Sicherheitsvorkehrungen nicht zu missachten.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 11 Geschosse mit Artilleriegeschützen des Kalibers 152mm und 122mm auf Donezkij und Solotoje-5 abgefeuert.

Durch Beschuss wurden in Solotoje-5 8 Wohnhäuser und der Kindergarten „Berjoska“ beschädigt.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der BFU, von denen aus das Feuer ausging, von Einheiten der Volksmiliz der LVR operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit Freiwilligenorganisationen weiter humanitäre Hilfe an die Einwohner der befreiten Territorien und evakuiert weiter friedliche Einwohner.

10:55 de.rt.com: **Panzerlieferung bereits in den "nächsten Tagen": Lambrecht kündigt Ringtausch aus EU und NATO für Ukraine an**

Angesichts der Debatte, schwere Waffen wie etwa Panzer an die Ukraine zu liefern, hat Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) am Donnerstag erneut betont, dass Deutschland keine schweren Waffen aus Bundeswehrbeständen an das osteuropäische Land liefern könne. Stattdessen erfolge ein Ringtausch mit Partnern aus der EU und der NATO. Lambrecht zufolge würde darüber insbesondere Material aus sowjetischen Beständen geliefert: "Da geht es um Panzer, da geht es um Schützenpanzer, da geht es um unterschiedliche Möglichkeiten, die einzelne Länder abzugeben haben. Da sind wir momentan im Gespräch und das geht jetzt auch sehr schnell", erklärte Lambrecht in der RTL/ntv-Sendung Frühstart. Auf die Frage, wann genau die Ukraine diese schweren Waffen

erhalte, entgegnete Lambrecht:

"Es geht um die nächsten Tage. Alle Militärexperten sind sich sicher, dass die nächsten zwei Wochen entscheidende Wochen sind im Kampf der Ukraine gegen Russland und diesen Kampf müssen wir unterstützen, damit da bestanden werden kann und deswegen geht es auch sehr schnell."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/626106b8b480cc11aa7bd6d6.jpg>

11:10 de.rt.com: **Ukrainisches Militär beschießt Geflügelzucht im Gebiet Saporoschje mit Totschka-U-Rakete**

Ukrainische Truppen haben nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums eine private Geflügelzucht in der Stadt Tokmak im Gebiet Saporoschje mit dem Raketensystem Totschka-U beschossen.

Dies ist nicht der erste Vorfall dieser Art. Zuvor hatten die ukrainischen Streitkräfte einen Bauernhof in der selben Ortschaft zerstört, der seit Anfang März unter der Kontrolle des russischen Militärs steht.

Moskau bezeichnete den Vorfall als ein Verbrechen und betonte, dass das ukrainische Militär die Zivilbevölkerung gefährdet habe.

Neben den zerstörten Gebäuden sind auch mehrere Fahrzeuge ausgebrannt und nahe gelegene Wohnhäuser wurden beschädigt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6260ffdc48fbef1415021f74.jpg>

Tass.ru: Der Verteidigungsminister der RF Sergej Schojgu berichtete dem Präsidenten Wladimir Putin über die Befreiung von Mariupol durch die Streitkräfte der RF und der DVR.

Die Stadt ist befreit. Reste von Formationen der Nationalisten haben sich noch in der Industriezone des Werks „Asowstal“ verschanzt.

„Jetzt befindet sich ganz Mariupol unter Kontrolle der russischen Armee, der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik, und das Gebiet des Werks „Asowstal“ mit den sich dort befindenden Nationalisten und ausländischen Söldner ist zuverlässig blockiert“, sagte er. Schojgu unterstrich, dass die russische Seite in den letzten zwei Tagen von 14 bis 16 Uhr ein Regime der Ruhe ausgerufen, alle Kampfhandlungen eingestellt und humanitäre Korridore geöffnet hatte, damit Zivilisten, die sich möglicherweise auf dem Gebiet des Werks „Asowstal“ befinden, dieses verlassen können.

Nach seinen Worten war die zahlenmäßige Stärke der Gruppierung der ukrainischen Streitkräfte und ausländischer Söldner zum Zeitpunkt der Umzingelung von Mariupol etwa 8100 Man. Bei der Befreiung der Stadt wurden mehr als 4000 vernichtet, 1478 gaben sich gefangen, die restliche Gruppierung, mehr als 2000 Mann, sei im Industriegebiet „Asowstal“ blockiert, erklärte der Verteidigungsminister.

Schojgu teilte mit, dass die Truppen der RF drei bis vier Tage bräuchten, um die Arbeit in Bezug auf „Asowstal“ abzuschließen. „Was die betrifft, die sich im Werk „Asowstal“ befinden: Sie sind dort vollständig und im ganzen Umkreis blockiert. Wir benötigen etwa drei bis vier Tage, um diese Arbeit bei ‚Asowstal‘ zu beenden“, sagte der Verteidigungsminister. Wladimir Putin äußerte sich dazu folgendermaßen:

„Den vorgeschlagenen Sturm des Industriegebiets halte ich nicht für zielführend. Ich befehle, ihn nicht durchzuführen“, sagte Putin. „Es gibt etwas, woran wir denken müssen, d.h. wir müssen immer daran denken, aber in diesem Fall noch mehr, dass das Leben und die Gesundheit unserer Soldaten und Offiziere geschützt werden. Es ist nicht nötig, in diese Katakomben zu steigen und dort unter der Erde in diesen Industrieobjekten herumzukriechen“, sagte das Staatsoberhaupt.

„Blockieren Sie diese Industriezone so, dass keine Fliege herauskommt“, unterstrich er. Denjenigen ukrainischen Soldaten, die „Asowstal“ verlassen, garantiert Russland ihr Leben und eine würdigen Umgang mit ihnen, erklärte Putin.

12:13 (11:13) novorosinform.org: Kiew forderte von einem humanitären Korridor aus „Asowstal“ zu seinen eigenen Bedingungen

Die stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine, Irina Wereschtschuk, sagte, dass sich im Asowstal-Werk in Mariupol jetzt etwa tausend Zivilisten befänden.

Die Ukraine fordere dringend einen humanitären Korridor vom Werk „Asowstal“ in Mariupol, schrieb die stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine, Irina Wereschtschuk, auf ihrem Telegram-Kanal. Sie fügte hinzu, dass es dort jetzt ungefähr 1.000 Zivilisten und 500 verwundete ukrainische Soldaten gebe. Wereschtschuk forderte die führenden Politiker der Welt und die internationale Gemeinschaft auf, ihre Bemühungen auf Asowstal zu konzentrieren.

Russland hat seinerseits wiederholt humanitäre Korridore unter der Bedingung angeboten, das Gelände ohne Waffen zu verlassen, aber die Ukraine hat diese Vorschläge abgelehnt. So sagte der Leiter des Nationalen Verteidigungskontrollzentrums der Russischen Föderation, Michail Misinzew, am 20. April, dass die Kommandeure der Nationalen Bataillone, die sich im Werk niedergelassen haben, keine der Gelegenheiten nutzten, um sich selbst und das Leben ihrer Untergebenen zu retten.

Erinnern Sie sich daran, dass der russische Präsident Wladimir Putin befohlen hat, den Angriff

auf Asowstal abzubrechen, und ihn als „unangemessen“ bezeichnete. Er betonte, dass es notwendig sei, über die Rettung des Lebens und der Gesundheit russischer Soldaten und Offiziere nachzudenken.



https://novorosinform.org/content/images/33/18/43318_720x405.jpg

11:45 de.rt.com: **Russische Luftwaffe greift 20 Stellungen der ukrainischen Truppen an**
Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, verkündete am Donnerstag auf einer Pressekonferenz, dass die russische taktische und militärische Luftwaffe in der Nacht 20 Stellungen angegriffen habe, in denen die ukrainischen Truppen ihre Truppen und militärische Ausrüstung konzentriert hätten.

nachmittags:

12:02 de.rt.com: **China: Einfrieren von Auslandsreserven ist eine "Verletzung der Souveränität"**

China hat die westlichen Staaten aufgefordert, das Einfrieren der Auslandsreserven anderer Staaten zu unterlassen. Solche Maßnahmen würden die Stabilität der Weltwirtschaft untergraben. Pekings UN-Botschafter verwies zudem darauf, dass das auch eine "Verletzung der Souveränität" darstelle.

Der chinesische Botschafter bei den Vereinten Nationen (UN) Zhang Jun äußerte sich am Dienstag bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats zur Ukraine. Peking forderte die westlichen Staaten dabei auf, das Einfrieren der Devisenreserven anderer Länder zu unterlassen, da eine solche Maßnahme die Stabilität der Weltwirtschaft untergrabe. Dieser Aufruf erfolgte einen Monat nach dem Einfrieren von etwa der Hälfte der russischen Auslandsreserven im Wert von über 300 Milliarden US-Dollar durch westliche Länder als Teil von deren Sanktionen wegen Moskaus Militäroperation in der Ukraine. Zhang betonte wörtlich:

"Das willkürliche Einfrieren von Devisenreserven anderer Länder stellt außerdem eine Verletzung der Souveränität dar und kommt einer Bewaffnung der wirtschaftlichen Interdependenz gleich."

Chinas ständiger UN-Vertreter erklärte weiter, dass "solche Praktiken die Grundlage der weltweiten wirtschaftlichen Stabilität untergraben und neue Unsicherheiten und Risiken für die internationalen Beziehungen mit sich bringen" würden. Er fügte zugleich hinzu, dass sie so schnell wie möglich aufgegeben werden sollten.

Zhang rief auch dazu auf, "die negativen Auswirkungen von Sanktionen zu beseitigen", da allumfassende und unbegrenzte Wirtschaftssanktionen "ernsthafte Übertragungseffekte nach sich ziehen, von denen die Entwicklungsländer am meisten betroffen sein werden". Der Gesandte kritisierte auch unnötige Exportbeschränkungen.

Außerdem forderte der chinesische Diplomat den Westen dazu auf, keine Angriffswaffen mehr an die Ukraine zu liefern, da dies den aktuellen Konflikt nur weiter eskalieren und die humanitäre Krise in dem Land noch verschärfen würde.

Anfang März hatte Zhang Jun bereits das "rücksichtslose Einfrieren oder Veruntreuen" afghanischer Vermögenswerte durch Washington kritisiert. Die USA hatten Vermögenswerte der afghanischen Zentralbank im Wert von über neun Milliarden Dollar eingefroren, nachdem die Taliban im August letzten Jahres die Kontrolle über das Land übernommen hatten.

Im April ordnete US-Präsident Joe Biden an, dass die Hälfte des Vermögens zur Entschädigung der Opfer der Terroranschläge vom 11. September 2001 verwendet werden solle, was Proteste in ganz Afghanistan auslöste.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62610a6748fbef173f7108e6.jpg>

12:20 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk übermittelt Internationalem Strafgerichtshof mehr als 3.000 Dokumente über Kriegsverbrechen Kiews**

Die Nichtregierungsorganisation Sprawedliwaja Saschtschita (Gerechte Verteidigung) aus der Volksrepublik Donezk hat dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) seit 2015 mehr als 3.000 Dokumente über Kriegsverbrechen der Ukraine im Donbass zugesandt. Das teilte der Leiter der Organisation Witali Galachow am Donnerstag der Nachrichtenagentur TASS mit. Er erklärte:

"Seit 2015 wurden dem IStGH mehr als 3.000 Beweismittel für Kriegsverbrechen übermittelt. Dabei handelt es sich um Morde, Körperverletzungen, Folter, Zerstörung von Wohnraum, Angriffe auf zivile Objekte und die willkürliche Verwendung von Waffen."

Galachow gab an, dass mehr als 6.000 Beschwerden beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht worden sind. Er betonte:

"Bis heute wurde kein einziger Fall berücksichtigt."

Der Leiter der Organisation fügte hinzu, dass der IStGH die Prüfung von Fällen gegen die Ukraine ausgesetzt habe und nicht bekannt sei, wann dieses Verfahren wieder aufgenommen werde. Darüber hinaus weigerten sich internationale Instanzen unter verschiedenen Vorwänden, auf die übermittelten Materialien zu reagieren, so Galachow.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/626105dcb480cc12664de90c.jpg>

Dan-news.info: Der Kommandeur der 2. Aufklärungskompanie des Aufklärungsbataillons „Sparta“, Sergej Agranowitsch, starb bei der Ausführung einer Kampfaufgabe. Dies teilte heute das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin mit.

„Er war einer der besten – mutig, kühn, ein Mensch der Worte und der Taten, ein echter Kommandeur und Held. Dies ist ein großer Verlust für die Republik“, sagte Puschiin. Agranowitsch (Codename „Wodjanoj“) starb durch feindlichen Beschuss, als er Aufklärungs- und Suchaktivitäten im Gebiet des Dorfes Nowoselowka Wtoraja westlich von Telmanowo durchführte.

Sergej Agranowitsch war Ingenieur, 2014 trat er in die Reihen der Verteidiger des Donbass ein. Er verteidigte Slawjansk, kämpfte bei Schachtjorsk, Miusinsk, Ilowajsk. Außerdem war er an den Kämpfen um den Donezker Flughafen, Uglegorsk, Jelenowka, Besymennoje und Schirokino beteiligt.



https://dan-news.info/storage/c/2022/04/21/1650531735_322907_12.jpg

12:55 de.rt.com: **Moskau: Sanktionsdruck auf Russland und Weißrussland verbessert Integration des Unionsstaates**

Der Sanktionsdruck auf Moskau und Minsk trage zu einer besseren Integration innerhalb des Unionsstaates bei. Darauf wies der Direktor der zweiten GUS-Abteilung des russischen Außenministeriums Alexei Polischtschuk in einem Interview mit der Nachrichtenagentur TASS hin. Er erklärte:

"Es wäre falsch zu leugnen, dass der beispiellose Druck auf Russland und Weißrussland unsere Union beeinflusst. Dieser Druck wirkt sich noch stärker auf unsere Integration aus und spaltet den Unionsstaat nicht, sondern vereint ihn im Gegenteil noch mehr."

Polischtschuk betonte, dass man die Dynamik des Integrationsprozesses zwischen Moskau und Minsk nicht mit der äußeren Konjunktur in Verbindung bringen dürfe, was er damit begründete, dass die Gründung des Unionsstaates auf den wahren Interessen der Bürger beider Staaten beruhe.

13:59 (12:59) novorosinform: **Auf der Krim wurde angedroht, auf einen Angriff auf die Krimbrücke mit der Zerstörung aller Verwaltungsgebäude in der Ukraine zu reagieren**
Der Angriff auf die Krimbrücke würde das Ende der Ukraine bedeuten, hieß es aus der Führung der Halbinsel.

Ein Angriff auf die Krimbrücke sei "nicht einmal eine rote Linie, sondern der Endpunkt für die Existenz aller Verwaltungsgebäude in der Ukraine". Dies wurde von einer Quelle im Ministerrat der Krim gegenüber „pravda.ru“ angedroht.

Auch das Oberhaupt der Krim, Sergej Aksjonow, versicherte, dass die Sicherheit der Brücke auf höchstem Niveau gewährleistet sei. Er fügte hinzu, dass Versuche, die Einrichtung zu beschädigen, konsequent unterdrückt würden.

„Jeder Versuch ukrainischer Nazis, solche Drohungen zu verwirklichen, würde von den Tätern und den Entscheidungszentren, aus denen solche Ideen stammen, nicht einmal einen feuchten Fleck hinterlassen“, sagte Aksjonow.

Zuvor sagte der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Alexej Danilow, dass die Streitkräfte der Ukraine die Krimbrücke angreifen würden, sobald sich die Gelegenheit dazu ergäbe.



https://novorosinform.org/content/images/33/22/43322_720x405.jpg

13:25 de.rt.com: **Polizisten aus Lugansker Volksrepublik sorgen in Kupjansk im Charkower Gebiet für öffentliche Ordnung**

Die Lugansker Volksrepublik (LVR) erweitert ihren Einfluss auf benachbarte ukrainische Gebiete. RIA Nowosti teilte in einem [Videobeitrag](#) mit, dass LVR-Ordnungskräfte in der Stadt Kupjansk unweit der Grenze zur LVR dabei sind, die Kontrolle über die öffentliche Ordnung zu übernehmen. Dabei seien sie auf Unterstützung der örtlichen Polizei angewiesen.

Dafür inspizierte der LVR-Innenminister Igor Kornet die städtische Polizeistation. Er teilte mit, dass fast 50 ehemalige ukrainische Polizisten in mittleren Dienstgraden sind bereit, ihren Dienst wieder aufzunehmen und gemeinsam mit Mitarbeitern des Lugansker Innenministeriums für öffentliche Ordnung zu sorgen. Die Leitung der Polizei habe die Stadt noch vor Eintreffen der russischen Armee Ende Februar verlassen.

Bereits zu Anfang der russischen Militäroperation brachten russische Streitkräfte die Stadt Kupjansk mit 55.000 Einwohnern im Charkower Gebiet unter ihre Kontrolle. Der Bürgermeister der Stadt Gennadi Mazegora zeigte sich in einer Videoansprache bereit, mit der russischen Armee zu kooperieren, um Blutvergießen zu vermeiden, woraufhin ihm die Ukraine Staatsverrat vorwarf. Ende März wurde bekannt, dass der ukrainische Sicherheitsdienst seine 20-jährige Tochter in der Westukraine festnahm. Nach Angaben der ukrainischen Medien setzte sich Mazegora mit seiner Familie nach Russland ab.

Die Verwaltung in Kupjansk wurde wie in vielen anderen von Russland besetzten Städten durch eine vorübergehende militär-zivile Verwaltung übernommen. Sie stellt sich in der Regel aus russischen und örtlichen Kräften zusammen. Seit Beginn der Militäroperation liefert Russland nach Kupjansk und auch andere Städte in der Region Charkow Lebensmittel und andere Hilfsgüter. RIA Nowosti zeigte in einem [Video](#), wie sie für die Lieferung in kleinere Orte auf kleinere LKWs verladen werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6261367d48fbef19622187d7.jpg>

LVR-Innenminister Igor Kornet (links) an der Grenze zu Rajon Kupjansk

13:35 de.rt.com: **Russisches Außenministerium erklärt alle Mitarbeiter der Konsulate der baltischen Staaten zu Personae non gratae**

Die Russische Föderation schließt die Konsulate von Lettland, Estland und Litauen. Außerdem erklärte das russische Außenministerium die Mitarbeiter dieser diplomatischen Vertretungen zu Personae non gratae. Das teilte das russische Außenamt in einer Erklärung mit.

Das Ministerium fügte hinzu, dass die Entscheidung auf der Grundlage des Prinzips der Gegenseitigkeit und unter Berücksichtigung der militärischen Unterstützung für das Kiewer Regime durch die Behörden dieser Länder sowie der Vertuschung von Verbrechen ukrainischer Nationalisten gegen die Zivilbevölkerung im Donbass und in der Ukraine getroffen wurde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6261367748fbef158d4b32ac.jpg>

dan-news.info: **Die tatsächliche Bevölkerung von Mariupol ist jetzt nur noch die Hälfte der vor dem Beginn der aktiven Kampfhandlungen**, teilte der Bürgermeister der Stadt Konstantin Iwaschtschenko mit.

„Jetzt befinden sich in der Stadt mindestens 250.000 Menschen“, sagte er. Er fügte hinzu, dass Anfang 2022 in Mariupol etwa 500.000 Menschen ständig lebten und zusätzlich 100.000 Pendler.

13:50 de.rt.com: **Putin spricht sich für zusätzliche Unterstützung der an der Sonderoperation beteiligten Militärangehörigen aus**

Die russischen Soldaten, die den Einsatz in der Ukraine fortsetzen, sowie die Verwundeten und die Familien der Gefallenen brauchen zusätzliche materielle Unterstützung. Darauf wies der russische Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen mit Verteidigungsminister Sergei Schoigu hin. Putin erklärte:

"In diesem Zusammenhang ist es notwendig, neben der Erfüllung aller sozialen Verpflichtungen gegenüber unseren Soldaten, insbesondere gegenüber den Verwundeten und den Familien unserer gefallenen Kameraden, sicherzustellen, dass alle sozialen Garantien bedingungslos erfüllt werden. Ich habe jedoch den Eindruck, dass dies nicht ausreicht. Wir müssen über zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen nachdenken."

Dem russischen Staatschef zufolge ist es "in Einzelfällen" möglich, das Andenken an "unsere Kameraden zu verewigen, die wahres Heldentum bewiesen und ihr Leben für das friedliche Leben unseres Volkes im Donbass, für das friedliche Leben und die Existenz Russlands selbst geopfert haben".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6261186db480cc0d18394aaa.jpg>

14:05 de.rt.com: **Ringtausch: Deutschland will offenbar Panzer an Slowenien liefern**

Nach Angaben von Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) bereitet die Bundesregierung einen Ringtausch für die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine vor. Demnach soll der östliche NATO-Partner Slowenien eine größere Stückzahl seiner T-72-Kampfpanzer an die Ukraine abgeben und im Ausgleich dafür Schützenpanzer vom Typ Marder sowie den Radpanzer Fuchs aus Deutschland erhalten. Das meldet die dpa unter Berufung auf Regierungskreise.

Das noch aus der Sowjetzeit stammende Waffensystem T-72 wird vom ukrainischen Heer bereits eingesetzt und erfordert keine umfangreiche Zusatzausbildung. Zur Kompensation soll die Slowakei dpa-Informationen zufolge bereits moderneres Gerät aus Deutschland angefordert haben. Darunter seien unter anderem der Kampfpanzer Leopard 2, der Radpanzer Boxer sowie der Schützenpanzer Puma, der in der Bundeswehr als Nachfolger des seit 50 Jahren genutzten Marder eingeführt wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6261283548fbef1415021fc1.jpg>

14:20 de.rt.com: **Johnson will Beziehungen zwischen Moskau und Neu-Delhi mit Modi erörtern**

Die Beziehungen zwischen Russland und Indien werden eines der Themen des bevorstehenden Treffens zwischen dem britischen Premierminister Boris Johnson und seinem indischen Amtskollegen Narendra Modi sein. Das verkündete der britische Regierungschef

am Donnerstag dem Fernsehsender Sky News. Er erklärte:

"Ich denke, jeder versteht, dass sich die indisch-russischen Beziehungen historisch gesehen stark von den Beziehungen unterscheiden, die Russland in den letzten Jahrzehnten mit dem Vereinigten Königreich verbunden haben. Wir müssen dieser Tatsache Rechnung tragen, und natürlich werde ich mit Narendra Modi darüber sprechen."

Johnson fügte hinzu, dass die beiden Seiten auch die Lage in der Ukraine erörtern werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62612ef4b480cc11ea2ca91f.jpg>

14:35 de.rt.com: **Behördenchef des russisch kontrollierten Gebiets der Region Charkow schlägt Referendum über die Zukunft der Region vor**

In der Region Charkow könnte in Zukunft ein "Referendum oder eine Bürgerbefragung" stattfinden. Das teilte der Leiter der provisorischen Zivilverwaltung der von Russland besetzten Teilen der Region, Witali Gantschew, mit. Ihm zufolge könnte dies über die "politische Zukunft der Region" entscheiden.

"Sie wissen, dass in einer demokratischen Gesellschaft die Bevölkerung in erster Linie die Entscheidung trifft. Ich denke, wenn das gesamte Gebiet entnazifiziert und befreit ist, wird eine Entscheidung getroffen werden, höchstwahrscheinlich eine Umfrage, ein Referendum unter der Bevölkerung, und dann werden wir eine Entscheidung treffen", so Gantschew gegenüber der Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#).

Er wies daraufhin, dass Menschen in den russisch kontrollierten Gebieten von einer "neuen, nicht nationalistischen" Ukraine sprechen. Russland kontrolliert derzeit einige Gebiete im Norden, Osten und Süden der Charkower Region, darunter die strategisch wichtige Stadt Isjum. Das Gespräch mit Witali Gantschew fand laut RIA Nowosti an der Grenze des Charkower Gebiets zur Lugansker Volksrepublik statt.

16:09 (15:09) [novorosinform.org](#): **Kirgisistan verbietet das Tragen des Z-Symbols bei den Veranstaltungen am 9. Mai**

Das Staatliche Komitee für Nationale Sicherheit Kirgisistans drängte darauf, während der Prozession des „Unsterblichen Regiments“ keine Militäruniform mit dem Buchstaben Z zu tragen.

Die Sonderdienste der Republik warnten die Bürger vor der Verantwortung für die Verwendung des Symbols Z während der Prozession des "Unsterblichen Regiments" im Land. RIA Novosti schreibt darüber unter Berufung auf den Pressedienst des Staatskomitees für nationale Sicherheit Kirgisistans.

Es wird darauf hingewiesen, dass die nationalen Sicherheitsbehörden die

Verleihorganisationen für Karnevalskostüme aufforderten, „Militäruniformen und Kostüme mit dem Z-Symbol, die zur Aufstachelung zum ethnischen Hass beitragen“, nicht auszugeben und die Teilnehmer an der Prozession des Unsterblichen Regiments, solche Uniformen nicht zu tragen.

In einer Erklärung betonte der Pressedienst des Staatskomitees für nationale Sicherheit, dass die Gesetzgebung der Kirgisischen Republik eine Haftung für "Handlungen zur Anstiftung zum ethnischen Hass" vorsehe.

Der Buchstabe Z ist in Russland inzwischen zu einem inoffiziellen Symbol der Unterstützung für die Spezialoperation geworden.



https://novorosinform.org/content/images/33/32/43332_720x405.jpg

16:49 (15:49) novorosinform: **Das Kommando der Streitkräfte der Ukraine versucht, das Durchsickern von Informationen über große Verluste zu verhindern – Quelle**

Die ukrainischen Truppen erhielten den Befehl, Handys von Soldaten zu beschlagnahmen.

In der Nähe von Isjum wurden ukrainische Soldaten unter Androhung der Festnahme aufgefordert, ihre Handys herauszugeben. Der Telegram-Kanal "Spletniza" (dt. Tratsch, A.d.Ü.) schreibt darüber unter Berufung auf eine Quelle in Sicherheitsdiensten der Ukraine.

Ein solcher Befehl erkläre sich aus der Tatsache, dass russische Truppen die Richtung der Telefone orten und auf diese Weise die ukrainischen Positionen berechnen könnten.

Tatsächlich möchte das Kommando der Streitkräfte der Ukraine jedoch, wird in der Nachricht behauptet, das Durchsickern von Informationen über die bevorstehende Niederlage und große Verluste verhindern.

Es wird darauf hingewiesen, dass nicht nur Smartphones, sondern auch Tastenhandys beschlagnahmt werden. Im Falle der Weigerung, ein persönliches Kommunikationsmittel zu übergeben, drohe den Soldaten eine Verhaftung.



https://novorosinform.org/content/images/33/35/43335_720x405.jpg

17:00 (16:00) **novorosinform.org: Außenministerin der BRD nannte die Bedingungen für die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland**

Laut Annalena Baerbock könnte es möglich sein, nach dem Abzug der russischen Truppen vom Territorium der Ukraine über die Aufhebung wirtschaftlicher Beschränkungen zu sprechen.

Solange sich russische Truppen auf dem Territorium der Ukraine befinden, wird die Europäische Union die Sanktionen gegen Russland nicht aufheben. Das teilte die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock mit, berichtet das Portal „Strana“.

„Die EU wird von den Sanktionen nicht zurücktreten, bis Putins Waffen verstummen und er seine Truppen vom ukrainischen Territorium abzieht“, sagte Baerbock.

Ihrer Meinung nach werde die Europäische Union den Druck auf Moskau erhöhen und alles tun, um die Ukraine mit Waffen und Technologien zu unterstützen.

Die deutsche Diplomatin glaubt auch, dass die "mutigen ukrainischen Soldaten" heute die "europäische Friedensordnung" verteidigen.



https://novorosinform.org/content/images/33/36/43336_720x405.jpg

16:20 de.rt.com: **Dänemark plant weitere Waffenlieferungen an Ukraine und entsendet Soldaten nach Lettland**

Dänemark will die Ukraine mit weiteren Waffen versorgen. Das erklärte Ministerpräsidentin Mette Frederiksen bei einem Besuch in der ukrainischen Hauptstadt Kiew dem Sender TV2. Details zu den geplanten Waffenlieferung gab sie allerdings nicht bekannt. Frederiksen, die sich aktuell zusammen mit dem spanischen Ministerpräsidenten Pedro Sánchez in der Ukraine aufhält, deutete zudem an, dass das dänische Parlament Pläne der Regierung abgesegnet habe, bis zu 1.000 Soldaten ins russische Nachbarland Lettland zu entsenden.

Das Kampfbataillon werde demnach bereits Anfang Mai bereit sein, sich dem NATO-Kommando in Lettland anzuschließen, sagte Frederiksen. Neben dem Bataillon will das skandinavische EU-Land der NATO außerdem ein Überwachungsflugzeug, eine Fregatte und ein mobiles Luftverteidigungsradar zur Verfügung stellen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/626154e648fbef152103f416.jpg>

16:22 de.rt.com: **Neue Spannungen zwischen Israel und Russland – Bennett bemüht sich um Vermittlung im Ukraine-Krieg**

Nachdem sich die Lage zwischen Israel und Russland aufgrund der jüngsten Äußerungen des israelischen Außenministers zum Ukraine-Krieg verschärft hatte, schaltet sich der israelische Premierminister erneut auf Wunsch Selenskis als Vermittler zwischen Moskau und Kiew ein. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskiy habe den israelischen Premierminister Naftali Bennett gebeten, sich mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Moskau zu treffen, sagte Bennett am Mittwochabend in einem Fernsehinterview gegenüber Christiane Amanpour von CNN. Die Aussichten auf ein baldiges Ende der Kampfhandlungen sähen zwar nicht gut aus, erklärte Bennett, fügte aber hinzu, Israel sei bereit, auf Selenskis Wunsch hin wieder ernsthafte Vermittlungsbemühungen aufzunehmen. Die Meldung erfolgte einige Tage nach der deutlichen Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und Israel in jüngster Zeit.

Die UN verabschiedeten kürzlich mehrheitlich eine Resolution, mit der Russlands Mitgliedschaft im UN-Menschenrechtsrat ausgesetzt wird. Auch Israel stimmte für diese Resolution. Der israelische Außenminister Jair Lapid beschuldigte die Kremelführung ausdrücklich der "Kriegsverbrechen" als Begründung für diese Positionierung zur Aussetzung der Mitgliedschaft Russlands im UN-Menschenrechtsrat. Das Außenministerium in Moskau veröffentlichte anschließend eine Erklärung, in der Lapis Äußerungen als ein schlecht getarnter Versuch bezeichnet werden, die Situation in der Ukraine auszunutzen, um die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft von dem palästinensisch-israelischen Konflikt abzulenken. In der Erklärung des russischen Außenministeriums hieß es wörtlich: "Wie Sie wissen, setzt die israelische Regierung unter Verletzung zahlreicher Entscheidungen des Sicherheitsrats und der UN-Generalversammlung die illegale Besetzung und schleichende Annexion der palästinensischen Gebiete fort."

"Der Gazastreifen ist im Wesentlichen zu einem Freiluftgefängnis geworden, dessen zwei Millionen Menschen fast seit 14 Jahre lang unter den Bedingungen der von Israel verhängten See-, Luft- und Landblockade überleben müssen."

Bezugnehmend darauf wurde in Moskau der israelische Botschafter in Russland Alexander Ben Zvi einbestellt. In einem Interview mit der russischen Nachrichtenagentur TASS nach seinem diplomatischen Gespräch im russischen Außenministerium in Moskau sagte Ben Zvi, Israel sei immer noch bereit und würde es als "eine große Ehre" betrachten, ein Gipfeltreffen zwischen Putin und dem ukrainischen Präsidenten Selenskiy in Jerusalem auszurichten.

Beobachter der politischen Szene in Israel gehen davon aus, dass sich Bennett und Lapid auf eine Aufgabenteilung verständigt haben: Der rechtskonservative israelische Regierungschef als Pragmatiker, sein liberaler Außenminister als Idealist. Nach diesem Muster verurteilt

Lapid ganz offen die russische Operation in der Ukraine, während Bennett aus taktischen Gründen – angesichts der iranischen Präsenz in Syrien – versucht, seine Neutralität in der Ukraine-Frage beizubehalten.

Auf die Frage bei CNN, ob Israel eine ausreichend starke Haltung gegenüber Russland eingenommen habe, gab Bennett seine neutrale Position auf und erklärte, Israel habe die "russische Aggression" mehrfach verurteilt, so auch indem es für die Suspendierung Russlands aus dem UN-Menschenrechtsrat stimmte.

Im Zuge der neuen Unruhe auf Tempelberg telefonierte der russische Präsident Putin am Montag mit dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmud Abbas. Putin bekräftigte Russlands feste Position zur Unterstützung der Rechte des palästinensischen Volkes und versicherte seine politische Unterstützung für die palästinensische Sache in allen internationalen Foren.

Russland sei unzufrieden damit, dass Israel im Krieg auf der Seite der Ukraine steht. Moskau versuche durch die sogenannte Palästina-Karte Druck auf Israel auszuüben, indem Russland kürzlich Israel scharf für dessen Aktionen auf dem Tempelberg kritisiert hatte, meinte eine hochrangige diplomatische Quelle der Jerusalem Post am Mittwoch.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/626135f1b480cc135374f72d.jpg>

17:00 de.rt.com: **Ukraine meldet erfolgreichen Gefangenenaustausch mit Russland**

Die Ukraine hat am Donnerstag einen weiteren Gefangenenaustausch mit Russland vermeldet. "Heute haben wir 19 Leute nach Hause geholt, von denen zehn Soldaten und neun Zivilisten sind", teilt die Vizeregierungschefin Iryna Wereschtschuk mit. Unter den heimgekehrten ukrainischen Gefangenen seien demnach auch Verwundete. Zum genauen Übergabeort und den ausgetauschten russischen Gefangenen machte Wereschtschuk indes keine weitere Angaben.

Die Ukraine hatte zuvor erklärt, in den bisherigen acht Kriegswochen etwa 700 Gefangene ausgetauscht zu haben. In den Händen Russlands und der Separatisten sollen sich russischen Angaben zufolge wiederum mehrere Tausend Gefangene befinden.

17:25 de.rt.com: **USA wollen ukrainische Gehälter und Renten bezahlen**

Die USA haben angekündigt, der Ukraine neue Finanzhilfen in Höhe von 500 Millionen Dollar (462 Millionen Euro) zu gewähren. Wie ein Vertreter des US-Finanzministeriums am Donnerstag mitteilte, soll der ukrainischen Regierung mit dem Geld unter anderem dabei geholfen werden, Gehälter und Renten auszuzahlen. Das Geld sei demnach auch für Programme bestimmt, die eine "Verschlechterung der humanitären Situation in der Ukraine" verhindern sollen.

18:35 (17:35) novorosinform.org: **Selenskij hält die Deblockade von Mariupol mit**

militärischen Mitteln für möglich

Der Präsident der Ukraine betonte, dass die Streitkräfte der Ukraine für eine erfolgreiche Militäroperation die Hilfe von Partnern benötigen.

Der Präsident der Ukraine Wladimir Selenskij erklärte, dass die Streitkräfte der Ukraine Mariupol mit militärischen Mitteln befreien könnten.

Ihm zufolge brauche Kiew für eine erfolgreiche Militäroperation jedoch die Hilfe von Partnern.

„Es gibt einen militärischen Weg. Wir müssen uns darauf vorbereiten, und wir bereiten uns darauf vor, stark zu sein, und wir brauchen hier die Hilfe unserer Partner. Es ist schwierig für uns allein“, sagte Selenskij bei einem gemeinsamen Briefing mit dem spanischen und dem dänischen Premierminister.

Der ukrainische Präsident stellte fest, dass es immer noch einen diplomatischen und humanitären Weg gebe, um ukrainische Militärs in Mariupol zu retten, was schneller als mit Hilfe einer Militäroperation möglich sei.



https://novorosinform.org/content/images/33/41/43341_720x405.jpg

17:40 de.rt.com: Moskau erlässt weitere Sanktionen gegen US-Bürger, unter anderem gegen Mark Zuckerberg

Die russische Regierung hat am Donnerstag neue Sanktionen gegen 29 Bürger der Vereinigten Staaten verhängt. Das russische Außenministerium veröffentlichte auf seiner Website ein Dokument, das 29 US-Bürger umfasst, darunter Spitzenmanager, Geschäftsleute, Experten und Journalisten, die eine "russophobe Agenda" verfolgten.

Unter Sanktionen fallen unter anderem die US-Vizepräsidentin Kamala Harris, der Pentagon-Sprecher John Kirby, der Sprecher des US-Außenministeriums Edward Price und Facebook-Gründer Mark Zuckerberg.

Gegen US-Präsident Joe Biden und andere US-Regierungsmitglieder hatte Moskau bereits Mitte März Einreiseverbote verhängt.

Die russische Behörde kündigte zudem weitere Gegensanktionen an.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6261741248fbef28d1248433.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 21. April 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Asowskoje die Modernisierung der Basistation abgeschlossen. Arbeiten zur Wiederinbetriebnahme von Basisstationen in Mariupol haben begonnen.

In Wolodarskoje und Mangusch ist an den Basistationen die Klimaanlage wieder in Betrieb, in Berdjanskoje gehen die Arbeiten zur Wiederinbetriebnahme weiter.

In Talakowka wurden 500 Meter Leitung repariert, in Bogdanowka 30, in Olginka 190, in Wolnowacha 150.

In Wolodarskoje, Mangusch, Nowoselwoka, Winogradnoje, Sartana und Talakowka wurden Renten und Sozialzahlungen ausgezahlt.

Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums der DVR registrieren in den befreiten Gebieten weiter Bürger. Mehr als 1450 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Rettungskräfte des Zivilschutzministeriums der DVR haben auf den befreiten Territorien mehr als 11 Hektar untersucht, 607 explosive Objekte wurden entdeckt. In Mariupol wurde der Bevölkerung humanitäre Hilfe in Form von 11.586 Paketen ausgegeben.

Nach Slatoustowka und Chlebobdarowka wurden je 24 Flaschen Flüssiggas geliefert, nach Sartana 36.

Nach Mariupol wurden 60 Tonnen Wasser für die Bevölkerung geliefert.

Auf den befreiten Territorien wurden mehr als 4 Tonnen Brot produziert.

In Mariupol, Iwanowka, Rownopolje und Manguch wurden mobile Verkaufseinrichtungen organisiert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;

- die sich vor Ort schlecht orientieren;
 - die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
 - die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
 - sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
 - die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
 - die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).
- Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

17:45 de.rt.com: **Experten: Russlands ferne Regionen durch westliche Sanktionen weniger betroffen**

Professoren der Lomonossow-Universität meinen, russische Städte mit einem hohen Anteil an Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe werden am stärksten von den Sanktionen betroffen sein. Die Regionen Sibiriens und des Fernen Ostens, die mit China verbunden sind, werden von der Krise indes weniger berührt.

Die Hauptrisiken für die russischen Regionen aufgrund der Folgen der derzeitigen Krise seien ein Rückgang der Industrieproduktion, ein Anstieg der Arbeitslosigkeit (latent und offiziell) sowie ein Rückgang der Steuereinnahmen der regionalen Haushalte. Diese Probleme der russischen Gebietskörperschaften vor dem Hintergrund des Sanktionsdrucks hat Natalja Subarewitsch, Expertin für Regionalökonomie und Professorin an der Geografischen Fakultät der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität (MGU), in einer Podiumsdiskussion auf der Konferenz "Lomonossow-Lesungen" am 18. April eingeordnet.

Die aktuelle Sanktionskrise ähnele in keiner Weise früheren wirtschaftlichen Schocks des letzten Jahrzehnts – etwa der Ölkrise der Jahre 2014/2015 oder der Coronavirus-Krise im Jahr 2020. Weder im Hinblick auf den Umfang der betroffenen Branchen, noch hinsichtlich der Geschwindigkeit der Erholung. Laut Subarewitsch war die Krise des Jahres 2015 von einem ungleichen Rückgang in den verschiedenen Branchen geprägt. COVID-19 traf die Wirtschaft hart, aber sie konnte sich schnell erholen. Die neue Krise werde hingegen alle betreffen.

Gefährdete russische Industrien und Regionen

Der Rückzug ausländischer Unternehmen aus Russland, Verbote für die Lieferung von Komponenten, inländische Beschränkungen für die Ausfuhr von Gütern (zum Beispiel bestimmte Feldfrüchte), eine geringere Nachfrage nach russischen Rohstoffen und ein logistisches Chaos – all das seien Gründe für die Probleme, mit denen die Regionen konfrontiert sein werden, sagte die Expertin voraus.

Subarewitsch zeigte sich besonders besorgt über Industriezentren, wo der Anteil der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe hoch ist. Zwei Drittel der 16 Regionen Russlands sind für die Industrieproduktion verantwortlich, zitierte Subarewitsch Daten. Der Anteil der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe ist am höchsten im Zentralen Föderationskreis (vor allem in den Gebieten Wladimir und Kaluga), in der Wolgaregion (Gebiete Uljanowsk, Mari El, Udmurtien), in den Regionen des "Öl- und Gasgebiets" Ural (Gebiete Tscheljabinsk und Swerdlowsk) und im Nordwestlichen Föderationskreis (Gebiete Nowgorod und Wologda). Unter den gefährdeten Branchen hob Subarewitsch den Maschinenbau hervor. Abgesehen von den direkten Verlusten, die die Regionen durch den Rückzug ausländischer Hersteller erleiden würden – unter anderem in der Automobilindustrie (Gebiet Kaluga) – werde eine Rezession für Unternehmen erwartet, die importierte Komponenten verwenden. Dies gelte für die Bereiche Verkehr, Energie, Öl- und Gastechnik (Gebiete Twer, Swerdlowsk). Gleichzeitig würden sich die Probleme der größten Akteure auf verwandte Unternehmen in anderen Regionen auswirken.

Subarewitsch sagte auch Schwierigkeiten für Regionen mit einem hohen Anteil an Brennstoff- und Energieunternehmen sowie Öl- und Gasunternehmen voraus. In der Kohleindustrie seien die schlimmsten Auswirkungen im Gebiet Kemerowo zu verzeichnen, da die Europäische Union die Lieferungen nach Europa beschränkt hat (vor den Sanktionen entfielen 25 Prozent aller russischen Kohleexporte auf diesen Markt). Die Expertin warnte:

"Es ist unmöglich, dieses Volumen auf den asiatischen Markt umzuleiten, da die Transsibirische Eisenbahn an ihre Kapazitätsgrenzen stößt."

Persönliche Sanktionen und Exportverbote würden Stahlzentren betreffen, die hauptsächlich auf die europäischen und US-amerikanischen Märkte ausgerichtet sind (Tscherepowez im Gebiet Wologda und Stary Oskol im Gebiet Belgorod). Aufgrund der Sanktionen gegen den russischen Geschäftsmann Alexei Mordaschow verlor sein Unternehmen Severstal die Möglichkeit, seine Stahlerzeugnisse nach Europa zu exportieren. Darüber hinaus hat die EU die Einfuhr von Stahl und Eisen aus Russland verboten, die zuvor 3,3 Milliarden Euro pro Jahr einbrachten.

Die Holz- sowie die Zellstoff- und Papierindustrie seien wegen des Exportverbots in die EU unter Druck geraten. Die Werke in Sibirien könnten zwar für mehrere Jahre Zellstoff nach China liefern. Aber die Umleitung von Produkten, die bisher mit der Bahn nach Europa transportiert wurden, etwa aus Karelien, den Gebieten Archangelsk und Komi nach China sei problematisch.

Jelena Anissimowa, die Abteilungsdirektorin und Leiterin der regionalen AKRA-Ratinggruppe, fügte hinzu:

"Fernöstliche und sibirische Regionen, die Handelsbeziehungen zu China unterhalten, wären natürlich weniger betroffen. Russische Regionen, deren Wirtschaft zu einem großen Teil von ausländischen Unternehmen und importierten Komponenten abhängt, wie z.B. die Gebiete Kaluga, Kaliningrad und Leningrad, könnten ihrerseits Schwierigkeiten bekommen."

Unsicherheitsfaktor

Nach Ansicht der MGU-Professorin Subarewitsch werden nicht nur die Industrie, sondern auch der Dienstleistungs- und Handelssektor betroffen sein. Dieser Sektor sei in den Großstädten und regionalen Zentren am stärksten ausgeprägt. Die in diesem Sektor Beschäftigten werden aufgrund des Rückgangs der Nachfrage und der Zahlungsfähigkeit der Verbraucher von Entlassungen bedroht sein. Wenn Großunternehmen es sich nicht leisten könnten, Arbeitsplätze zumindest zum Mindestlohn zu erhalten, könnten es Arbeitgeber im Dienstleistungssektor ebenso wenig, warnte die Expertin. Sie sieht ein hohes Risiko von Entlassungen in den Gebieten Woronesch, Iwanowo, Kaliningrad, Rostow, Nischni Nowgorod und Pensa.

Bis Ende 2022 werde die Arbeitslosigkeit nach übereinstimmenden Prognosen bei sieben bis acht Prozent und der Rückgang des Realeinkommens bei fünf bis zehn Prozent liegen, schätzt Subarewitsch. Gleichzeitig prognostizierte sie eine Zunahme der verdeckten Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung, wenn Beschäftigte in Teilzeitarbeit versetzt werden und die üblichen Löhne sinken. Wie Subarewitsch betonte, beziehen sich ihre Prognosen auf das Ende der ersten Aprildekade – langfristige Schätzungen seien aufgrund der sich rasch ändernden Bedingungen bedeutungslos.

Anissimowa stimmte ihr bei, dass in der Situation der Unsicherheit Prognosen schnell veraltet seien. Sie sagte:

"Das Ergebnis des Jahres wird vom Wechselkurs, von der Fähigkeit des Landes, die Export- und Importströme umzugestalten, und von der Lösung der logistischen Probleme abhängen."

Der Umstand, dass die tatsächliche Abhängigkeit der regionalen Volkswirtschaften von der ausländischen Komponente unbekannt ist, vergrößere die Unsicherheit noch zusätzlich. Es gebe keine entsprechenden Daten, so Anissimowa.

AKRA schätzte, dass die regionalen Ausgaben durch die Inflation erheblich beeinträchtigt werden könnten, wobei die Steuereinnahmen sowohl bei der Einkommenssteuer als auch bei

der Gesamteinkommenssteuer (letztere umfasst die wichtigsten Steuern für kleine Unternehmen) und bei der persönlichen Einkommenssteuer aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit sinken. Anissimowa bemerkte:

"In diesem Fall würden die Defizite der regionalen Haushalte sehr groß sein. Unseren Berechnungen zufolge haben jedoch 75 Subjekte der Russischen Föderation im vergangenen Jahr ihre Kontosalden erhöht, was es ihnen ermöglichen wird, ihre Defizite teilweise zu finanzieren."

Maßnahmen zur Unterstützung der Regionen

Inzwischen haben die russischen Behörden bereits eine Reihe von Maßnahmen entwickelt, um den Regionen durch vergünstigte Darlehen zu helfen. Das Gesetz zur Unterstützung der finanziellen Stabilität der regionalen Haushalte wurde am 20. April von der Staatsduma in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Bis zu 390,7 Milliarden Rubel (etwa 4,7 Milliarden Euro) werden aus der föderalen Staatskasse für Haushaltsdarlehen zur Refinanzierung der Schuldenverpflichtungen der Regionen und Gemeinden bereitgestellt.

Wie das russische Finanzministerium mitteilte, umfassen die beschlossenen Änderungen des Haushaltsgesetzes drei Neuerungen. Erstens werden den Regionen Sonderkonditionen für den Erhalt kurzfristiger Darlehen von den föderalen Finanzministerien gewährt: Die Kreditaufnahmegrenze wird auf 10 Prozent der Einnahmen der Region erhöht. Die zweite Neuerung besteht darin, dass die Regionen zusätzliche Haushaltsdarlehen zu einem Zinssatz von 0,1 Prozent pro Jahr erhalten können, um ihre Marktanleihen zu tilgen, die zu Beginn des laufenden Jahres bestanden und im Zeitraum März-Dezember 2022 zurückgezahlt werden müssen. Der dritte Block von Änderungen befreit die Regionen von der Rückzahlung von Haushaltsschulden im laufenden Jahr in Höhe von etwas mehr als 60 Milliarden Rubel (etwa 729 Millionen Euro). Wie ein Vertreter des Finanzministeriums klarstellte, wird dies 75 Regionen der Russischen Föderation betreffen.

Darüber hinaus wurden die regionalen Gouverneure nach einem Treffen mit Präsident Putin am 16. März angewiesen, persönlich den Vorsitz in den operativen Zentralen für die nachhaltige Entwicklung der Regionen zu übernehmen. Die Regierung wiederum wurde angewiesen, eine zusätzliche Indexierung der Zuschüsse im Rahmen des Finanzausgleichs vorzunehmen. Außerdem soll die Regierung gemeinsam mit den regionalen Verwaltungen dafür sorgen, dass das Ausmaß der Armut und der Einkommensungleichheit in der Bevölkerung bis 2022 verringert wird. Der Block der Anweisungen des Präsidenten betrifft auch die Unterstützung von Russen, die nach dem 1. März ihren Arbeitsplatz verloren haben, und von Familien, die in dieser Zeit mit erheblichen Einkommensverlusten konfrontiert waren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62613833b480cc135374f738.jpg>

abends:

18:07 de.rt.com: **Selenskij, ein "Kämpfer für Freiheit und Demokratie" – am Tegernsee**
Wladimir Selenskij erhält den diesjährigen "Freiheitspreis der Medien". Die Weimer Media Group schreibt ihm dafür "Verdienste" als Vorkämpfer "für Freiheit und Demokratie" zu. Den Preis erhalten auch die weißrussische Oppositionelle Swetlana Tichanowskaja und die frühere russische TV-Journalistin Marina Owsjannikowa.

Die Auszeichnung "Freiheitspreis der Medien" wird dieses Jahr zum achten Mal vergeben. Dahinter steht die Weimer Media Group aus München, die den "Ludwig-Erhard-Gipfel" an ihrem zweiten Standort in Tegernsee ausrichtet. Auf dieser Veranstaltung soll dort am kommenden Freitag auch die Preisverleihung stattfinden. Ob die Preisträger anwesend sein werden, wurde nicht mitgeteilt, dies hängt möglicherweise auch von der Verfassung der Protagonisten ab.

Wie ntv berichtet, soll der CSU-Politiker und Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament Manfred Weber die Lobrede halten. Das Nachrichtenportal zitiert aus der Begründung für die Vergabe des Medienpreises an den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, die nicht an starken Worten spart:

"Es sind Ukrainerinnen und Ukrainer, Belarussinnen und Belarussen und auch Russinnen und Russen, die in Osteuropa an der Front gegen das Böse, gegen Krieg und Tyrannei stehen und ihre, aber auch unsere Freiheit tapfer verteidigen. Mit Worten, mit Taten, mit großem Mut – und mit ihrem Leben. Deutschland, Europa und die Welt erleben eine Zeitenwende, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges einmal mehr über Frieden und Freiheit, über Wahrheit und Unrecht entscheidet. Und sie mahnt uns: Individuelle Freiheit, Demokratie und Wohlstand sind nicht selbstverständlich."

Das Lob der Jury gipfelt in der Behauptung, der ukrainische Präsident verkörpere ein neues Freiheitsidol, und stilisiert ihn dabei gar zu einem "Führer", noch dazu einem "charismatischen" hoch:

"Präsident Selenskyj steht für eine Generation charismatischer Führer, die Menschen in der ganzen Welt für ihren Mut, ihre Vision und ihre Freiheitsliebe und Gerechtigkeit inspirieren."

Selenskij in bester Gesellschaft

Während es um die weißrussische Preisträgerin Swetlana Tichanowskaja in letzter Zeit etwas ruhiger geworden ist, erhält die russische Fernsehjournalistin Marina Owsjannikowa gegenwärtig noch Aufmerksamkeit. Sie wurde vor wenigen Wochen einem größeren Publikum im Westen bekannt, als sie aus Protest gegen den Krieg in der Ukraine während einer Nachrichtensendung mit einem selbst geschriebenen Plakat Mitte März vor die laufende Kamera trat. Zwar folgte ihre Entlassung auf dem Fuße, doch ließ eine Anschlussbeschäftigung als freie Korrespondentin bei der Welt nicht lange auf sich warten. Wie das Verleger-Ehepaar Weimer betonte, soll der von ihnen vergebene "Freiheitspreis" Personen auszeichnen, die sich – wie ntv formulierte – "in besonderer Weise für die freie Meinungsäußerung, das gesellschaftliche Miteinander, den politischen Dialog und die Demokratie einsetzen".

Der "Ludwig-Erhard-Gipfel" solle als "weltanschauliche[s] Format zur Förderung der europäischen Idee" in der Gegenwart "eine tragende Rolle" spielen.

Die Verleger sprechen von einer "politische[n] Diskussion auf Grundlage gemeinsamer Werte" und behaupten, "Akzeptanz gegenüber Meinungspluralismus sowie die Debatte um Leitlinien für den globalen Wirtschaftsaustausch" seien ihnen "wichtiger denn je".

Es ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bekannt, ob der Erhard-Gipfel am Tegernsee auch die Lage der politischen Opposition in der Ukraine, die Verfolgung ihrer Exponenten oder die Schließung von Zeitungen und Fernsehstationen thematisieren wird.

Alles, was Rang und Namen hat, redete hier schon

Die lange Liste der Lobredner, mit der die Weimer Media Group für den von ihr verliehenen Preis aufwarten kann, spricht auf ihre Weise für sich. Dazu zählten unter anderem der

ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck, Bundesfinanzminister Christian Lindner, Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg, die Vizeregierungschefin von Liechtenstein Sabine Monauni, SPD-Chef Lars Klingbeil, die Bundesvorsitzende der Grünen Ricarda Lang, der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz, die bayerische Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Digitalministerin Judith Gerlach und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, BDI-Präsident Siegfried Russwurm, ifo-Präsident Clemens Fuest, die sogenannte Klimaaktivistin Luisa Neubauer, außerdem etliche bekannte Wirtschaftskapitäne wie der Vorstandsvorsitzende von Bayer Werner Baumann, der Audi-Chef Markus Duesmann, der Geschäftsführer von Sanofi Deutschland Jochen Maas und einige weitere.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62614012b480cc12061d5839.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 21.4.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **6 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **3 Zivilisten verletzt**. 17 Wohnhäuser, drei zivile Infrastrukturobjekte und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 46 ukrainische Nationalisten, einen Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ und einen Schützenpanzerwagen vernichtet. 2 120mm-Mörser, ein Panzerfahrzeug und ein Lastwagen wurden erbeutet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden 3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben und 17 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten zu einem Vorbild für zukünftige Generationen werden.

Am 3. März 2022 entdeckte Gardefeldwebel Sergej Wjatescheslawowitsch Drosdow, der im

Rahmen einer Sturmgruppe aktiv war, bei der Befreiung von Nikolajewka persönlich drei Feuerpunkte des Gegners und vernichtete diese. Während des Kampfes wurde er verletzt, aber dennoch setzte er die Ausführung der Kampfaufgabe fort. Später, am 4. März 2022, führte die Sturmgruppe unter Leitung von Gardefeldwebel Drosdow dank fachkundiger Führung und organisieren Aktivitäten bei der Befreiung von Mariupol von ukrainische Nationalisten erfolgreich einen Durchbruch durch die Verteidigung des Gegners durch. Bei dem Kampf vernichtete Sergej Wjatscheslawowitsch Drosdow persönlich zwei Stück Panzertechnik der Nationalisten und 10 Mann des Gegners.

18:34 de.rt.com: **Xi ruft zu "globaler Sicherheitsinitiative" auf – Asien soll "Anker des Weltfriedens" werden**

Der chinesische Präsident Xi Jinping hat die internationale Gemeinschaft dazu aufgefordert, zusammenzuarbeiten, um die Sicherheit für alle Menschen auf dem Planeten zu gewährleisten. Sicherheit sei die Vorbedingung für den Frieden. Für Asien sieht der chinesische Präsident dabei eine besondere Rolle.

Der chinesische Präsident Xi Jinping hat am Donnerstag eine "globale Sicherheitsinitiative" vorgeschlagen, um weltweit für alle Menschen Sicherheit zu garantieren. Das berichtete die türkische Nachrichtenagentur Anadolu. Während einer Rede auf dem jährlich stattfindenden Boao-Forum für Asien erklärte der chinesische Staatschef:

"Wir müssen zusammenarbeiten, um Frieden und Stabilität in der Welt zu erhalten."

Ein chinesisches Sprichwort zitierend, um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, fügte er hinzu:

"Stabilität bringt einem Land Wohlstand, während Instabilität ein Land in die Armut führt."

Xi bekräftigte, dass Sicherheit die Vorbedingung für Entwicklung sei. Mit Blick auf die Vereinigten Staaten mahnte der chinesische Präsident:

"Wir Menschen leben in einer unteilbaren Sicherheitsgemeinschaft. Es hat sich immer wieder gezeigt, dass die Mentalität des Kalten Krieges das globale Friedensgefüge nur zerstören würde, dass Hegemonismus und Machtpolitik den Weltfrieden nur gefährden und dass Blockkonfrontationen die Sicherheitsprobleme im 21. Jahrhundert nur weiter verschlechtern."

Um "die Sicherheit für alle" auf der Welt zu gewährleisten, schlug Xi daher eine internationale Aktion vor:

"China möchte eine globale Sicherheitsinitiative vorschlagen, in der wir uns der Vision einer gemeinsamen, umfassenden, kooperativen und nachhaltigen Sicherheit verpflichtet fühlen und zusammenarbeiten, um Frieden und Sicherheit in der Welt zu erhalten."

Chinas Staatsoberhaupt rief zudem erneut dazu auf, die Souveränität und territoriale Integrität aller Staaten zu respektieren. Insbesondere mahnte er, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen und die unabhängigen Entscheidungen bezüglich des Entwicklungspfades und der sozialen Systeme seitens der Völker verschiedener Länder zu respektieren.

Xi rief außerdem dazu auf, Asien zu einem Anker des Weltfriedens, Motor des globalen Wachstums sowie einem Schrittmacher der internationalen Kooperation zu machen, wie die chinesische Agentur Xinhua schrieb. Die Einwohner Asiens schätzen dem chinesischen Präsidenten zufolge den Wert des Friedens sehr und verstehen, dass man Fortschritt nicht einfach durch heiße oder kalte Kriege erreichen kann. Xi sagte:

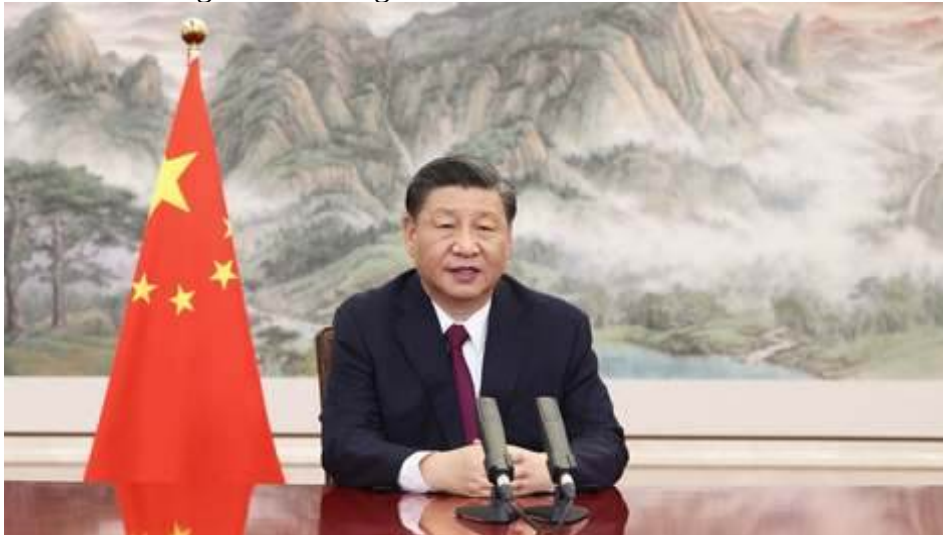
"In den letzten Jahrzehnten hat Asien eine allgemeine Stabilität und ein anhaltend schnelles Wachstum erlebt, was das asiatische Wunder ermöglicht hat."

Die ganze Welt profitiere davon, wenn Asien sich entwickle. Der chinesische Präsident rief dazu auf, Asien weiterzuentwickeln und zu stärken und die Resilienz, Weisheit und Stärke Asiens unter Beweis zu stellen.

Xi zufolge müsse man unbedingt den Frieden in Asien wahren, die zwischenasiatischen Kooperationen stärken und gemeinsam die asiatische Einheit fördern. Der Frieden und die

Stabilität in Asien würden den Einwohnern des Kontinents nicht automatisch zufallen, oder durch die Wohltätigkeit irgendeines Landes. Stattdessen seien sie das Resultat der gemeinsamen Anstrengungen aller Staaten in der Region.

Xi rief dazu auf, die Grundsätze der gegenseitigen Achtung, der Gleichheit, des gegenseitigen Nutzens und der friedlichen Koexistenz zu wahren, eine Politik der guten Nachbarschaft und der Freundschaft zu verfolgen und dafür zu sorgen, dass die Zukunft Asiens stets in den Händen der Region selbst liegt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/626169efb480cc5a045d1463.jpg>

19:40 (18:40) novorosinform.org: **Der Staatsduma der Russischen Föderation wurde ein Gesetzentwurf über die Verstaatlichung von Eigentum der Ukraine und der EU vorgelegt**

Laut dem ehemaligen Abgeordneten der Werchowna Rada Oleg Zarjow werde es im Falle der Annahme des Gesetzentwurfs unmöglich sein, das Eigentum der Feinde Russlands vor Gericht zu schützen.

Der Staatsduma der Russischen Föderation wurde ein Gesetzentwurf über die Verstaatlichung des Eigentums von Bürgern der Ukraine, der EU und einer Reihe anderer unfreundlicher Länder vorgelegt. Oleg Zarjow, ehemaliger Präsidentschaftskandidat der Ukraine, ehemaliger Parlamentsvorsitzender von Novorossia, gab dies auf seinem Telegram-Kanal bekannt. Ihm zufolge hatte das Oberhaupt der Krim, Sergei Aksjonow, die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs initiiert. Inzwischen wurde er formuliert und dem russischen Parlament vorgelegt.

„Der Gesetzentwurf erlaubt die Verstaatlichung des Eigentums nicht nur von ukrainischen Bürgern, sondern auch von Bürgern unfreundlicher Länder. Dazu gehören 21 Staaten und alle EU-Länder“, heißt es in dem Bericht.

Wenn das Gesetz verabschiedet wird, wird es nicht möglich sein, das Vermögen der Feinde Russlands zu schützen, nicht einmal vor Gericht.

"Selbst wenn das Vermögen eines zu verstaatlichenden Unternehmens blockiert würde, würde der Verstaatlichungsprozess tfortgesetzt", erklärte Zarjow.



https://novorosinform.org/content/images/33/45/43345_720x405.jpg

18:55 de.rt.com: **"Unsere größte Lieferung bisher": Spanien liefert Ukraine 200 Tonnen militärische Ausrüstung**

Spanien liefert der Ukraine weitere Waffen. "Ein Schiff der spanischen Marine, die 'Isabel', hat heute einen spanischen Hafen in Richtung Polen verlassen", erklärte der spanische Regierungschef Pedro Sánchez am Donnerstag bei einem Besuch in Kiew. An Bord würden sich demnach 200 Tonnen "moderne Munition" sowie weiteres Material wie etwa schwere Transportfahrzeuge befinden.

"Das ist unsere größte Lieferung bisher", so Sánchez weiter. Damit habe Spanien die Menge seines bislang gelieferten Materials verdoppelt.

Der spanische Ministerpräsident hält sich zur Stunde gemeinsam mit seiner dänischen Amtskollegin Mette Frederiksen zu Gesprächen in Kiew auf. Unter anderem sei auch ein Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij geplant.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62616f0448fbef28d124842a.jpg>

19:20 de.rt.com: **EU verhängt Sanktionen gegen Unternehmer Prigoschin und Kurtschenko**

Die Europäische Union hat am Donnerstag den russischen Geschäftsmann Jewgeni Prigoschin und den ukrainischen Unternehmer Sergei Kurtschenko auf ihre Sanktionsliste gesetzt. Die restriktiven Maßnahmen sehen ein Einreiseverbot in die Europäische Union und das Einfrieren dort vorhandener finanzieller Vermögenswerte vor.

In einer Erklärung heißt es, die beiden Unternehmer seien wegen ihrer Rolle bei der

Untergrabung der territorialen Unversehrtheit der Ukraine auf die Sanktionsliste gesetzt worden. Außerdem sollen sie von russischen Entscheidungsträgern, die für die Aneignung der Krim und die Destabilisierung in der Ostukraine verantwortlich sind, profitiert haben. Prigoschin steht bereits seit zwei Jahren auf einer "schwarzen Liste" der EU wegen seiner angeblichen Rolle im Libyen-Konflikt.

20:24 (19:24) novorosinform.org: **Russische Luft- und Raumfahrtstreitkräfte haben an einem Tag 64 ukrainische Militäreinrichtungen getroffen - Russisches Verteidigungsministerium**

Raketentruppen und Artillerie trafen während einer Spezialoperation in der Ukraine an einem Tag mehr als 450 Ziele.

Die russischen Weltraumstreitkräfte haben in den letzten 24 Stunden 64 ukrainische Militäreinrichtungen getroffen. Das teilte der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konashcenkow, bei einem Briefing mit. Ihm zufolge fielen 17 Bereiche der Konzentration von Arbeitskräften und ukrainischer Militärausrüstung der Streitkräfte der Ukraine sowie zwei Depots von Raketen- und Artilleriewaffen in der Region Saporoschje den Schlägen der russischen Luftwaffe zum Opfer. Darüber hinaus trafen hochpräzise luftgestützte Raketen tagsüber 14 BFU-Einrichtungen in der Gegend von Popasnaja im besetzten Gebiet der LVR. Auch die Munitionsdepots der Streitkräfte der Ukraine in Slawjansk und im Dorf Schnurki wurden zerstört. In den Gebieten von Tscherkasskoje und Alexandrowka wurden bis zu 30 Einheiten militärischer Ausrüstung und etwa 120 ukrainische Nazis getroffen.



https://novorosinform.org/content/images/33/48/43348_720x405.jpg

19:50 de.rt.com: **Russland: Google zu hoher Geldstrafe wegen nicht gelöschten Inhalten zur Sonderoperation verurteilt**

Ein Moskauer Gericht hat Google für schuldig befunden, eine weitere Ordnungswidrigkeit begangen zu haben, da sich das Unternehmen weigerte, "falsche Informationen" über die russische Spezialoperation in der Ukraine zu löschen. Die Gesamtsumme der Geldbußen beläuft sich nun auf 11 Millionen Rubel (umgerechnet rund 127.000 Euro).

Laut dem Gericht habe Google unter anderem falsche Informationen über die Zahl der getöteten Zivilisten in der Ukraine sowie extremistische Äußerungen gegen die Bevölkerung und die Behörden Russlands veröffentlicht.

Der Richter erklärte, die russische Medienaufsichtsbehörde habe Google im März fünfmal schriftlich aufgefordert, die Inhalte zu entfernen. Diese Schreiben seien jedoch ignoriert worden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/626162e9b480cc555c6799fc.jpg>

20:05 de.rt.com: **USA verhängen Anlegeverbot für Schiffe unter russischer Flagge**

Die US-Regierung sperrt die Häfen der USA für Schiffe aus Russland. Künftig dürfe kein Schiff, das unter russischer Flagge fährt oder von russischen Interessen geleitet ist, in den Vereinigten Staaten von Amerika anlegen, sagte US-Präsident Joe Biden am Donnerstag. Dies sei ein weiterer Schritt, den die USA gemeinsam mit internationalen Partnern gingen, so Biden. Er fügte hinzu, Russland sollen die "Vorteile des internationalen Wirtschaftssystems" verwehrt bleiben.

Zuvor hatte die Europäische Union (EU) bereits beschlossen, Schiffen unter russischer Flagge das Einlaufen in alle Häfen der EU zu verbieten.

20:07 de.rt.com: **Droht Putin ein "geheimer Haftbefehl" aus Den Haag?**

Vor dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag sei durchaus ein Prozess gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin möglich. Das glaubt der Ex-Richter am ICC Wolfgang Schomburg. Er sieht die Chancen auf einen "geheimen Haftbefehl" gegen Putin "außergewöhnlich gut". Dieser könnte auf einer künftigen Auslandsreise vollstreckt werden. Der ehemalige Richter am Internationalen Strafgerichtshof (ICC) Wolfgang Schomburg hat einen künftigen Erfolg eines Prozesses wegen Kriegsverbrechen gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin angedeutet.

"Die Lage ist deshalb außergewöhnlich gut, weil zunächst mal überhaupt die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs begründet wurde", erklärte der Jurist am Donnerstag dem Bayerischen Rundfunk. Die Ukraine habe sich bereits 2014 der Gerichtsbarkeit durch den Strafgerichtshof unterworfen. Für einen solchen Prozess bedürfe es daher keines Beschlusses des UN-Sicherheitsrates, in dem die Russische Föderation ein Vetorecht habe, so Schomburg weiter.

Vor dem Strafgerichtshof verhandelbare Delikte würden Schomburg zufolge auch die des russischen Militärs umfassen. Allerdings sei es zurzeit unwahrscheinlich, dass man einzelne Soldaten vor Gericht bekomme. "Aber dadurch, dass man Namen, Nummern von Einheiten und konkreten Personen kennt, ist es relativ einfach, an einer konkreten Situation anzufangen", sagte der ehemalige UN-Strafrichter. Darauf angesprochen, ob es vor dem ICC zukünftig auch ein Verfahren gegen Putin gebe, entgegnete Schomburg: "Ich hoffe es. Er wäre nicht der Erste, der als Staatsführer sich wird verantworten müssen."

Der ehemalige Richter, der auch heute noch gute Kontakte zum Internationalen Strafgerichtshof pflegt, hofft diesbezüglich auf geheime Haftbefehle. Diese könnten beispielsweise auf künftigen Auslandsreisen des russischen Präsidenten vollstreckt werden, erklärte er. Es sei zwar unwahrscheinlich, dass Putin in Moskau gestellt werde, "aber ich will in dem Augenblick nichts ausschließen".

"Wir haben auch erfolgreiche Entführungen aus anderen Staaten erlebt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62612de2b480cc11aa7bd71b.jpg>

20:20 de.rt.com: **Ramsan Kadyrow auf Telegram: "Mariupol gehört uns!"**

Das Oberhaupt der tschetschenischen Republik, Ramsan Kadyrow, behauptete am Donnerstagabend auf Telegram, die Stadt Mariupol sei von russischen Streitkräften "endgültig und unwiderruflich eingenommen". Die gesamte Stadt sei "von Nationalisten geräumt" worden.

Kadyrow berichtete, dass das Verwaltungsgebäude der Stahlwerke Asowstal unter Kontrolle gebracht und das gesamte angrenzende Gebiet "geräumt" worden sei.

Diese Informationen können derzeit nicht zeitnah überprüft werden.

In der Nacht zum Donnerstag hatte Kadyrow die komplette Einnahme von Asowstal "vor oder nach dem Mittagessen" vorausgesagt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62619a7048fbef279b244e4b.jpg>

20:45 de.rt.com: **Russischer Botschafter: Britische Waffenlieferungen werden Lage im Donbass nicht beeinflussen**

Die britischen Waffenlieferungen an Kiew werden keine nennenswerten Folgen auf die

aktuelle Lage im Donbass haben, sagte Andrei Kelin, der russische Botschafter im Vereinigten Königreich. Er erklärte im russischen Fernsehen am Donnerstag:

"Ich kann es mir kaum vorstellen, dass die Übergabe einer sehr kleinen Anzahl relativ neuer Waffen über Polen in die Ostukraine einen signifikanten Einfluss auf die aktuellen Geschehnisse im Donbass haben könnte."

Am Donnerstagmorgen forderte Maria Sacharowa als Sprecherin des Russischen Außenministeriums die britischen Behörden auf, Waffenlieferungen an Kiew einzustellen. Je mehr Waffen London an die Ukraine liefere, desto mehr Bürger würden in diesem Land getötet, schrieb sie auf Telegram.

20:48 de.rt.com: **Kreml: Kiews Worte über den Anschlag auf Krim-Brücke sind Ankündigung eines Terroranschlags**

Alexei Danilow, der Sekretär des ukrainischen Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, schloss einen Angriff auf die Krim-Brücke nicht aus, falls sich eine solche Gelegenheit ergeben sollte. Der Kremlsprecher Dmitri Peskow bezeichnete derartige Äußerungen als inakzeptabel.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat die Äußerungen des Sekretärs des ukrainischen Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Alexei Danilow, über einen möglichen Angriff auf die Krim-Brücke als "nichts anderes als die Ankündigung eines möglichen terroristischen Aktes" bezeichnet. Peskow bemerkte:

"Dies ist inakzeptabel, denn es gibt viele Hinweise auf Handlungen, die rechtlich geprüft und anschließend bestraft werden."

Auch der ehemalige russische Präsident, Dmitri Medwedew, äußerte sich zu den Worten Danilows. Auf seiner Telegram-Seite schrieb er:

"Einer der hartnäckigen ukrainischen Bosse sagte, dass die Krim-Brücke gestrichen werden sollte. Ich hoffe, er versteht, dass er ein Ziel der Vergeltung sein wird."

Zuvor hatte Danilow im ukrainischen Radio NV nicht ausgeschlossen, dass das ukrainische Militär die Krim-Brücke angreifen könnte. Er sagte:

"Wenn es eine Gelegenheit gibt, dies zu tun [die Brücke zu treffen], werden wir es auf jeden Fall tun."

Anfang April hatte ein Berater des Chefs der Krim-Region, Oleg Krjutschkow, Berichte dementiert, wonach die Krim-Brücke vermint worden sei. Er bezeichnete derartige Meldungen als "Fälschungen ukrainischer Sofakrieger und des Zentrums für Information und psychologische Operationen."

Die 19 Kilometer lange Krim-Brücke verbindet die Halbinseln Kertsch und Taman über die Insel Tusa und die Tusa-Nehrung. Die Bauarbeiten begannen im Jahr 2016 und wurden im Jahr 2019 abgeschlossen. Das Bauwerk besteht aus zwei parallelen Brücken – einer Straßen- und einer Eisenbahnbrücke.

Kiew hat sich wiederholt gegen den Bau dieser Brücke ausgesprochen. Im Dezember letzten Jahres verhängte der ukrainische Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat Sanktionen gegen sechs natürliche und 24 juristische Personen, die "in den illegalen Bau und Betrieb des Eisenbahnteils der Meerenge von Kertsch verwickelt sind."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62615e0548fbef158814023c.jpg>

22:06 (21:06) novorosinform.org: **Im US-Außenministerium sprach man über die Ziele des Krieges "bis zum letzten Ukrainer"**

Die stellvertretende US-Außenministerin Wendy Sherman betonte, Washington wolle eine vollständige strategische Niederlage Russlands in der Ukraine.

Das US-Außenministerium kommentierte die in den Medien zunehmend zu hörende These, Amerika sei bereit, Russland bis zum letzten Ukrainer zu bekämpfen.

Die stellvertretende US-Außenministerin Wendy Sherman glaubt, dass diese Äußerung „Teil der russischen Desinformationskampagne“ sei, weil die Militärhilfe für Kiew angeblich nicht bedeute, dass Washington keine Einstellung der Feindseligkeiten wünsche.

„Die Vereinigten Staaten wollen eine strategische Niederlage Russlands in der Ukraine. Dazu wird Washington neben Waffenlieferungen an Kiew alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, einschließlich Sanktionen und Bemühungen, Moskau auf der internationalen Bühne zu isolieren“, wurde Sherman im Telegram-Kanal „Pool Nr. 3“ zitiert.

Die Vertreterin des Außenministeriums betonte, die Vereinigten Staaten beabsichtigen, der Ukraine weiterhin Waffen in "der benötigten Menge" zu liefern.



https://novorosinform.org/content/images/33/52/43352_720x405.jpg

21:10 de.rt.com: **Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft: Gutes Verhältnis zu Russland nur nach Machtwechsel in Moskau**

Eine Rückkehr zu den bisherigen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland hält der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft nur nach einem Machtwechsel im Kreml für möglich. Der Geschäftsführer des Ausschusses Michael Harms sagte wörtlich:

"Für die Zeit, in der die jetzige politische Führung in Russland noch an der Macht ist, wird es keine grundsätzliche Normalisierung des Verhältnisses mit Russland geben."

Aufgaben des Ost-Ausschusses sind der Aufbau und die Pflege wirtschaftlicher Beziehungen mit Osteuropa. In den Beziehungen zu Russland versuche man nun, "so viel zu retten wie möglich", sagt Harms. Die bisherige Arbeit sei nicht umsonst gewesen, liege aber zum Teil "in Trümmern". Er zeigte sich aber auch optimistisch: "Aber alles, was von Sanktionen nicht betroffen ist, darf ja legal weitergeführt werden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62618bc6b480cc5aba562821.jpg>
g